

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 9 (1981)

DOI: 10.11588/fr.1981.0.50905

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

WOLF D. GRUNER

GROSSBRITANNIEN UND DIE JULIREVOLUTION VON 1830:  
ZWISCHEN LEGITIMITÄTSPRINZIP UND NATIONALEM INTERESSE

1. Vorbemerkung

Jahrestage von wichtigen historischen Ereignissen regen zu Gedenk- und Jubelreden an, sind aber in der Regel auch Anlaß für die intensive Beschäftigung des Historikers mit Fragen nach den Ursachen, den Hintergründen, den Begleiterscheinungen und den kurz- und langfristigen Konsequenzen dieses Geschehens.<sup>1</sup>

Die Französische Julirevolution von 1830 bedeutete in ihren Wirkungen für die Nationalgeschichten aber auch die internationalen Beziehungen in Europa einen tiefen Einschnitt, deren Stellenwert erst in jüngster Zeit von der internationalen Forschung erkannt wurde. Mit Recht stellte daher der polnische Historiker Stefan Kieniewicz in seinem Referat »1830: Révolutions et Réformes en Europe« auf dem XV. Internationalen Historikerkongreß 1980 zusammenfassend fest: »Les célébration d'anniversaires ont toujours tendance à magnifier l'événement historique, monté en épingle. On pourrait affirmer que 1830, comparé à 1789 ou 1848, n'a eu qu'une importance secondaire pour le sort des nations de l'Europe. J'ai tâché de prouver le contraire: qu'à défaut de bouleverser l'ordre politique, international et social, il a fait germer nombre d'idées, de courants politiques, de réformes, dont les répercussions se sont perpétuées tout au long du siècle, et quelques-unes se font sentir encore.«<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Der hier vorgelegte Aufsatz ist die gekürzte, aktualisierte und überarbeitete Fassung einer Studie, die als Beitrag zur Sektion »Die Revolutionen von 1830« anlässlich des 150. Jahrestages der Julirevolution von 1830 auf dem XV. Internationalen Historikerkongreß vom 9.–17. 8. 1980 in Bukarest/Rumänien vorgelegen hat und Grundlage für einen Kurzvortrag bildete. Den Beiträgern zur Sektion, den Präsidenten und Vizepräsidenten der Sektion, Prof. David H. Pinkney und Prof. Clive H. Church und den Teilnehmern an der Diskussion sei an dieser Stelle für Anregung und Kritik, der Deutschen Forschungsgemeinschaft für eine Reisebeihilfe, die diesen Vortrag erst möglich machte, gedankt. Eine Kurzfassung der Vorträge soll in Bd. IV der Rapports des Kongresses gedruckt werden. Auf sie wird hier mehrfach verwiesen:

P. BURG, Der Bund des konstitutionellen Deutschland in der europäischen Mächtekonstellation nach den Plänen aus der Zeit der Revolutionen von 1830 und ihrer Folgewirkungen; R. D. BILLINGER, The Impact of the July Days on Metternich's German Policy; E. WITTE, Changes in the Belgian Elite in 1830 – a provisional study; E. L. NEWMAN, Changing Images of the Crowd in the French Revolution of 1830; J. GILLISSEN, Les premières formes de gouvernement et d'administration de l'Etat belge après la Révolution d'août 1830; M. AGULHON, La Place de la Révolution de 1830 dans l'histoire du 19<sup>e</sup> siècle français; M. G. MÜLLER, Der polnische Aufstand von 1830 und die deutschen Liberalen; C. H. CHURCH, 1830 in »La Suisse Romande«; H. H. HAHN, Politische Emigration nach 1830: die neuen Möglichkeiten für Exilpolitik in den Jahren nach der Julirevolution; M. S. MILLER, The Revolution of 1831 in Italy: A Reexamination.

Nachfolgend wird, mit bedingt durch die bisher kaum beachtete Fragestellung dieses Beitrages, auf eine Diskussion der bestehenden Literatur zum Thema verzichtet. Dies wird in einem Forschungsbericht für das Archiv für Sozialgeschichte »Europa und die Julirevolution von 1830« erfolgen.

<sup>2</sup> St. KIENIEWICZ, 1830: Révolutions et Réformes en Europe (= CISH XV<sup>e</sup> Congrès International des Sciences Historiques, Bucarest 10–17 août 1980. Rapports Bd. I: Grandes Thèmes et Méthodologie,

Trotz des Grundkonsens zwischen westlichen und marxistischen Historikern über die zentrale Bedeutung von 1830 für die europäische Geschichte, bestehen differierende Auffassungen hinsichtlich der Gewichtung und Kategorisierung. Immerhin aber ist es beachtenswert, daß auch die marxistische Geschichtswissenschaft sich in steigendem Maße für Fragen und Probleme der internationalen Beziehungen interessiert. Dies wurde in Bukarest recht deutlich. Hinzu kommt wohl, daß von der westlichen Geschichtswissenschaft und der Politikwissenschaft Methoden und Theorien entwickelt wurden, die zur besseren Erklärung des außenpolitischen Entscheidungsprozesses beizutragen vermögen.<sup>3</sup> Ein rein diplomatiegeschichtlicher Forschungsansatz ist hier nur wenig hilfreich. Er kann nur wichtige Teilbereiche erklären, nicht aber die komplexen Einflußgrößen für das außenpolitische Handeln eines staatlichen Akteurs in der internationalen Ordnung.

Die Tatsache von der unauflöselichen Interdependenz zwischen Innen- und Außenpolitik gehört heute bereits zum wissenschaftlichen Allgemeingut.<sup>4</sup> Allerdings haben wir bislang kaum Studien, die sich mit Fragen der innenpolitischen Einflußgrößen für außenpolitisches Konfliktverhalten bzw. für die Entstehung internationaler Krisen und Konflikte überzeugend beschäftigt haben. Theoretische Modelle ohne Bezug zur historischen Realität bringen keinen Erkenntnisfortschritt. Umgekehrt aber sollte der Historiker der internationalen Beziehungen auch den Mut haben aus heuristischen Gründen beispielsweise ein außenpolitisches Modell für einen oder mehrere Akteure innerhalb des internationalen Systems zu entwickeln, ohne zu sehr an diesem Modell zu »kleben«.

Nachfolgend soll versucht werden, die außen-, innen-, sicherheits-, wirtschaftspolitischen und psychologischen Einflußgrößen für die britische Reaktion auf die Pariser Julirevolution von 1830 zu analysieren. In ihrem Zusammenwirken können sie den »decision-making-process« der britischen Regierung verdeutlichen. Zugleich wird versucht, eine Antwort auf die Frage zu geben, ob sich in der britischen Gesamtpolitik »Strukturelemente« herauskristallisieren lassen, die unter unterschiedlichen historischen Rahmenbedingungen – und mit unterschiedlicher Gewichtung – das außen- und innenpolitische Krisenverhalten Großbritanniens nachhaltig geprägt haben.

Geht man vom politisch-sozialen System<sup>5</sup> als der Nahtstelle für die vielfältigen und komplexen Wechselbeziehungen zwischen Außen- und Innenpolitik, zwischen Binnen- und Außenwirtschaft sowie den nationalen und supranationalen Sozialbeziehun-

S. 453–462). Die in seinem Papier geäußerten, teilweise problematischen Thesen K's. wurden insbesondere in ihren verallgemeinernden Aussagen vor allem von westlichen Historikern in Frage gestellt. Für Großbritannien vgl. in diesem Zusammenhang ebenda, F. M. L. THOMPSON, *Social Control in Victorian Britain* (S. 428–444).

<sup>3</sup> Vgl. zu diesem Komplex beispielsweise P. M. KENNEDY, *The Study of appeasement: methodological crossroads or meeting-place?* in: *British Journal of International Studies* 6 (1980), S. 181–188, S. 181 ff. und die dort aufgeführte Literatur und DERS., *The Realities behind Diplomacy. Background Influences on British External Policy 1865–1980*. London, 1981, S. 17 ff.

<sup>4</sup> Vgl. A. S. ALEXANDROFF, *A Missing Link. Domestic Political Structures and International Conflict: The Crisis of World War I and World War II. A Preliminary Draft*, in: *Workshop »New Questions in International Relations« Annual Convention The Canadian Political Science Association. May 30–June 1, 1979. Saskatoon*; DERS., *The Use and Abuse of History in International Relations Theory* (= Paper prepared for the American Political Science Association Meeting, August/September 1978, New York).

<sup>5</sup> Zum Begriff vgl. T. PARSONS, *Social Systems*, in: *International Encyclopaedia of the Social Sciences* Bd. 15, S. 458–473 sowie W. G. MITCHELL, *Political Systems* *ibid.*, S. 473–479.

gen aus, so lassen sich für die britische Strategie zur Lösung innerer und äußerer Krisen und Konflikte einige Hauptelemente herausarbeiten, die vor und nach 1830 im politischen Entscheidungsprozeß einer entstehenden bzw. entwickelten Industriegesellschaft eine gewichtige Rolle spielten. Für die politischen Entscheidungsträger eines »entwickelten Staates« wie Großbritannien<sup>6</sup> stellte sich die Frage nach Krieg und Frieden anders als in weniger entwickelten Staaten, d. h. aufgrund bestehender Abhängigkeiten (Sicherheit, Freiheit der Verbindungswege, Exportorientierung, Märkte, Wandlungsprozeß innerhalb des politisch-sozialen Systems durch Reformen) war der außenpolitische Handlungsspielraum eingeengt. Die Bewahrung des Friedens als Interesse der Nation<sup>7</sup> erlangte hohe Priorität, die Bereitschaft zur friedlich-schiedlichen Konfliktregulierung wuchs und damit auch die Überzeugung, das Prinzip der Legitimität zu opfern, wenn anders eine dem Nationalinteresse entgegenstehende militärische Konfliktregulierung nicht zu umgehen war.

Für den britischen Entscheidungsprozeß des Jahres 1830/31 lassen sich folgende Bestimmungsfaktoren feststellen, die in anderen historischen Situationen und Konstellationen mit unterschiedlicher Gewichtung ebenfalls auftauchen und teilweise durch zusätzliche Bestimmungselemente ergänzt werden müssen:<sup>8</sup>

1. Die äußeren und inneren Sicherheitsinteressen des Landes,
2. die Notwendigkeiten angesichts einer entwickelten Industriegesellschaft keine Störung in den weltweiten Handels- und Finanzströmen von und nach Großbritannien eintreten zu lassen und
3. hiermit in engem Zusammenhang stehend, die Freiheit der Verkehrswege zu Lande und zu Wasser. Ihnen kam aus sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und innenpolitischen (ausreichende Versorgung der Bevölkerung) Rücksichten im politischen Entscheidungsprozeß hohe Priorität zu.
4. Reformen und »improvements« als Elemente innenpolitischer Systemstabilisierung.
5. Friedenssicherung und Friedenserhaltung im Rahmen des internationalen Systems durch friedlichen Interessenausgleich, internationale Konfliktregulierung bzw. Lokalisierung von Konflikten.
6. Das Empire als Faktor in den Diskussionen um die Prioritäten in der Außenpolitik (»Continental Commitment«/»Imperial Commitment«) mit wachsendem Gewicht.

Mit verursacht durch diese formenden Elemente politischen Handelns in Großbritannien lassen sich seit etwa 1800 in der Außenpolitik dieses Landes Strategien einer »dual policy« erkennen, die nur scheinbar im Widerspruch zueinander standen. Sie können mit den Begriffen »friedliches Neben- und Miteinander« und »Eindämmung« umschrieben werden. Entscheidend für die Verfolgung der einen oder anderen Strategie war die Maxime »Frieden als nationales Interesse«.

<sup>6</sup> Vgl. F. H. HINSLEY, *The Decline and Fall of the Modern International System*, pt. 1 *The Modern Pattern of Peace and War* (Paper given in Cambridge, 1980).

<sup>7</sup> Zum Begriff »National Interest« vgl. insbesondere auch für den britischen Fall J. FRANKEL, *Nationales Interesse*. München, 1971 sowie: DERS. in *Strukturwandlungen der Außenpolitik in Großbritannien und der Bundesrepublik*, hrsg. v. K. KAISER und R. MORGAN, München/Wien 1970.

<sup>8</sup> Zu den Bestimmungselementen vgl. W. D. GRUNER, *The British Political, Social and Economic System and the Decision for Peace and War: Reflections on Anglo-German Relations 1800–1939*, in: *British Journal of International Studies* 6 (1981) S. 189–218, S. 195 ff.

Wesentliche Voraussetzung für die Sicherung des inneren Friedens und eine situationsangepaßte Reformpolitik bildete ein möglichst konfliktfreies internationales System auf multipolarer Basis. Hauptanliegen britischer Politik mußte es daher sein, zur Sicherung britischer Interessen federführend an der Schlichtung internationaler Konflikte beteiligt zu werden und diese durch »vertrauensbildende« Lösungen und Maßnahmen beizulegen.<sup>9</sup> Die »vital interests« des Landes durften hiervon jedoch nicht betroffen werden. War jedoch eine Konfliktregulierung nicht möglich, ohne qualitativ die Sicherheitsinteressen Großbritanniens und seine internationale Großmachtrolle objektiv oder subjektiv zu berühren, so war es entschlossen, die Kriegsschwelle zu überschreiten, wie dies 1803, 1914 und 1939 der Fall war und wozu es 1814/15 und 1830/31 bereit war.

## 2. Grundelemente britisch-französischer Beziehungen

Für die britische Gesamtpolitik besaß Frankreich allein schon wegen seiner geographischen Nähe zentrale Bedeutung. Was in Frankreich geschah, konnte den Briten nicht gleichgültig sein und umgekehrt. In den Revolutions- und Napoleonischen Kriegen mobilisierte Großbritannien alle Kräfte zur Niederringung des Gegners, vor allem nachdem 1802/3 ein Interessenausgleich zwischen der »Queen of the Seas« und der »Queen of the Continent« gescheitert war.<sup>10</sup> In der Neuordnung von 1814/15 sollte daher ein multipolares internationales System geschaffen werden, das die Staatenbeziehungen stabil und kalkulierbar gestalten sollte. Die Erfahrungen mit dem Frieden von Amiens schieden die Neuauflage eines bipolaren Systems aus. Eine

<sup>9</sup> Vgl. D. MAHNKE, Vertrauen in der Internationalen Politik – Politikwissenschaftliche Aspekte, in: Politik und Kultur 6 (1979) S. 51–66; W. LINK, Überlegungen zum Begriff »Konflikt« in den internationalen Beziehungen – Versuch einer Begriffserklärung, in: Politische Vierteljahresschrift 20 (1979) S. 33–50; F. S. NORTHEGE/M. D. DONELAN, International Disputes: The Political Aspects, London 1971.

<sup>10</sup> Die Bedeutung des Friedens von Amiens für die britischen Friedensziele 1814/15 erstmals herausgearbeitet bei W. D. GRUNER, Großbritannien, der Deutsche Bund und die Struktur des europäischen Friedens im frühen 19. Jahrhundert. Studien zu den britisch-deutschen Beziehungen in einer Periode des Umbruchs 1812–1820. Phil. Habil. (masch.), 2 Bde., München 1979. Vgl. auch DERS., The British Political, Social and Economic System (wie Anm. 8), S. 197f. Vgl. auch zu Amiens: E. L. PRESSEISEN, Amiens & Munich. Comparisons in Appeasement, Den Haag 1978, der äußerst problematisch von einem festen Appeasementbegriff ausgeht und sich damit Chancen für einen Erkenntnisgewinn selbst verbaut. Zur berechtigten Kritik G. NIEDHART, Appeasement: Zur Inflationierung eines Begriffes und zum Primat des Friedens im industrialisierten England in: Neue Politische Literatur XXVI (1981) S. 171–190, S. 173ff. N's Kritik an der These des Verfassers zur Kontinuität britischer Außenpolitik vor dem Hintergrund verschiedener zentraler Bestimmungselemente dieser Politik (s. Anm. 8) ist unberechtigt, zumal er – selbst Faktorenanalyse fordernd – sich mit den Einflußgrößen für den außenpolitischen Entscheidungsprozeß nicht auseinandersetzt. Es geht nicht um »Appeasement«, sondern um Strukturelemente britischer Politik im 19. und 20. Jahrhundert, um das Krisenverhalten im Innern und in der internationalen Politik, wobei die Frage intensiver untersucht werden müßte, ob »Appeasement« nicht ein allgemeineres Phänomen von entwickelten, verfassungsmäßigen politisch-sozialen Systemen darstellt. In diesem Zusammenhang ist eine Bemerkung Hinsley's hilfreich, der meinte (s. Anm. 6): »In the last resort, it was as a result of their subjection to the process of modernisation or industrialisation, a process based to an ever-increasing degree on science and technology, that peace and war acquired the new characteristics that have so markedly distinguished them in modern times« gegenüber den weniger entwickelten Staaten und Gesellschaftssystemen. Im Vergleich zu den anderen Akteuren in der internationalen Ordnung des frühen 19. Jahrhunderts war Großbritannien aber bereits eine wesentlich weiter »entwickelte Gesellschaft«.

funktionsfähige internationale Ordnung, wie sie die britische Friedensstrategie 1814/15 anstrebte, konnte jedoch ohne Einbeziehung Frankreichs nicht geschaffen werden. Bei den Pariser Friedensverhandlungen 1814/15 und auf dem Wiener Kongreß setzte sich Großbritannien daher aus ureigenstem Interesse für einen maßvollen Frieden mit Frankreich ein. Dieser mußte die Sicherheitsinteressen der anderen Akteure in der internationalen Ordnung angemessen berücksichtigen und gleichzeitig die Rahmenbedingungen für eine rasche Reintegration Frankreichs in das internationale System der Nachkriegszeit unter Wahrung seines Großmachtstatus ermöglichen. Die Rückkehr Frankreichs in den Kreis der europäischen Hauptmächte vollzog sich daher unter entscheidender britischer Schützenhilfe bereits auf dem Wiener Kongreß. Die hundert Tage brachten einen Rückschlag für die internationale Stellung Frankreichs, sodaß es erst auf dem Kongreß von Aachen als vollgültiges Mitglied in den großmächtlichen Areopag zurückkehren konnte.

Die Wiener Ordnung von 1814/15, an der Großbritannien federführend mitgewirkt hatte, entsprach weitestgehend der britischen Interessenlage, während Frankreich von Anbeginn eine Revision bzw. Beseitigung dieser Friedensordnung als Ziel der Außenpolitik anstrebte.

Im Zeichen einer zunehmenden finanziellen Erholung des Landes, des Aufbaus einer neuen Armee und des wachsenden Einflusses der Ultras auf die Politik, kehrte Frankreich unmittelbar nach dem Aachener Kongreß zu einer ausschließlich am Nationalinteresse orientierten Außenpolitik zurück, die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verbündeten der Allianz von Chaumont rigoros zugunsten Frankreichs auszuschlachten trachtete. Die teilweise durch innenpolitische Zwänge bedingte außenpolitische Prestigepolitik brachte Frankreich nach 1819 zunehmend in Gegensatz zu Großbritannien in West-, Mittel- und Südeuropa sowie im Nahen Osten und in Übersee. In diesen Regionen prallten britische und französische Macht-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Handelsinteressen aufeinander, vielfach verschärft durch dynastische Beziehungen.<sup>11</sup> Der Rat Talleyrands in seiner Instruktion für den Wiener Kongreß, die Zusammenarbeit mit Großbritannien trotz divergierender Interessen zu suchen, schien vergessen. Statt Kooperation suchte Frankreich den Weg der Konfrontation, wie dies die Jahre unmittelbar vor der Julirevolution von 1830 verdeutlichen. So war die Algerienexpedition von 1830 lediglich als erster Akt in einer breitangelegten Konfliktstrategie gegen Großbritannien gedacht. Als Antwort auf zu erwartende militärische Reaktionen der Inselmacht plante die französische Regierung »s'emparer préalablement de la Belgique et de s'occuper immédiatement des frontières du Rhin«.<sup>12</sup> Entgegen der französischen Erwartungen sah Großbritannien in der Aktion gegen die Barbaresken keine Bedrohung seiner vitalen Interessen. Hinzu kam die gespannte innenpolitische Situation, die ein außenpolitisches Engagement mit militärischen Mitteln nicht ratsam erscheinen ließ. In den Monaten vor der Julirevolu-

<sup>11</sup> Vgl. W. D. GRUNER, Die belgisch-luxemburgische Frage im Spannungsfeld europäischer Politik 1830–1839 in: FRANCIA 5 (1978) S. 299–398, S. 316ff. Vgl. auch R. BRIDGE/R. BULLEN, The Great Powers and the European System 1815–1914, London 1980, S. 33ff.; A. SKED (Hg.), Europe's Balance of Power 1815–1848, London 1979, bes. S. 122ff. R. BULLEN, France and Europe, 1815–1848: The Problem of Defeat and Recovery.

<sup>12</sup> AAE Paris C. P. Russie 179 »Mémoire sur un progrès de partage de l'empire Ottoman« (Sept. 1829) ausführlich kommentiert und zitiert bei K. HAMMER, Die französische Diplomatie der Restauration und Deutschland 1814–1830, Stuttgart 1963, S. 155ff.

tion konzentrierte sich das Kabinett Wellington auf eine möglichst umgehende Regelung der »griechischen Frage«, zumal die Folgen des zu erwartenden Thronwechsels in Großbritannien nicht kalkulierbar waren.<sup>13</sup> Nach Ansicht des französischen Botschafters in London, Laval, sollte seine Regierung die zu erwartende Handlungsunfähigkeit der Londoner Regierung, bedingt durch Thronwechsel und Parlamentsneuwahlen im Sommer für ihre eigenen Ziele ausnützen. Georg IV. starb am 26. Juni 1830. Mit dem Übergang der Krone vom ungeliebten Georg IV. auf seinen Bruder Wilhelm IV., den das Land nahezu vierzig Jahre vergessen hatte, verbanden sich in der britischen Öffentlichkeit große und positive Erwartungen, die sich zu erfüllen schienen.<sup>14</sup>

In diese innen- und außenpolitische Situation platzte für die britische Regierung wie auch für andere europäische Regierungen völlig überraschend die Nachricht von der erfolgreichen Revolution in Paris.<sup>15</sup> Das Scheitern der außenpolitischen Pläne und die gegen die Regierung verlaufenen Kammerwahlen hatten den französischen König und seine Minister in den Staatsstreich getrieben. Sie hofften auf diese Weise die innenpolitischen Verhältnisse in den Griff zu bekommen und damit auch den Makel abzustreifen, für die konservativen »Ostmächte« nicht bündnisfähig zu sein.

Zusammenfassend läßt sich die gesamtpolitische Ausgangslage für die Entscheidungsprozesse britischer Politik in der »Reform crisis« der Jahre 1829–1832 so charakterisieren:

Großbritannien als erster Welt- und Wirtschaftsmacht mit vielfältigen globalen Verpflichtungen und Interessen war zu Beginn der 1830er Jahre an keiner ernsthaften Störung der internationalen Ordnung gelegen, zumal die innenpolitisch umstrittene Regierung Wellington kaum außenpolitischen Handlungsspielraum besaß. Ursache hierfür waren die parlamentarischen und außerparlamentarischen Auseinandersetzungen um eine Parlamentsreform, die Frage der Katholikenemanzipation sowie die sich aus einer Absatzkrise der britischen Industrie ergebenden gesamtwirtschaftlichen und sozialpolitischen Rückwirkungen. Die Inselmacht hatte daher ein vitales Interesse daran, Konflikte mit Frankreich möglichst zu vermeiden und sich über gemeinsame Ziele zu verständigen. In den Jahren vor der Revolution bestand französischerseits hierzu keine Bereitschaft.

Während es seit 1815 im Staatsinteresse Großbritanniens lag, der Bewahrung des Friedens um nahezu jeden Preis Vorrang zu geben, solange die nationalen Interessen ungefährdet zu sein schienen, verfolgte Frankreich einen politischen Kurs, der dieser Strategie weitestgehend widersprach. Es glaubte, sein Staatsinteresse auf die Beseitigung bzw. zumindest Revision der Wiener Ordnung ausrichten zu müssen, als Voraussetzung für eine dominierende politische und wirtschaftliche Stellung als »Puissance principale du continent Européen«.<sup>16</sup> Diese nationalen Ziele sollten mit friedlichen, diplomatischen Mitteln erreicht werden, wenn es sein mußte, jedoch auch mit militärischen Aktionen.

<sup>13</sup> Vgl. PRO London FO 32/8, 16, 18 FO 97 Greece 231 und AAE C. P. Angleterre 630.

<sup>14</sup> BM Add. MSS 41102 Greville Diary p. 3, 15 (18. u. 20. 7. 1830).

<sup>15</sup> Aus der umfangreichen Literatur vgl. u. a. die gewichtigen Studien von D. H. PINKNEY, *The French Revolution of 1830*, Princeton 1972. J. M. MERRIMAN (Hg.), *1830 in France*, New York 1975 und G. de BERTIER DE SAUVIGNY, *La Révolution de 1830 en France*, Paris 1970.

<sup>16</sup> AAE M. D. Allemagne 121 »Note sur les Affaires d'Allemagne« (19. 1. 1819).

### 3. Die Wirkung der Julirevolution auf die britische Innen- und Außenpolitik

Die ersten Nachrichten über die Barrikadenkämpfe in Paris erreichten London mit einer Stafette des Bankhauses Rothschild. In welche Richtung würde sich die Revolution entwickeln?

Über den bis zuletzt geheimgehaltenen Staatsstreich »that nobody c(oul)d expect« waren die Meinungen in der britischen Hauptstadt auseinandergespalten. So schrieb Greville, »a few hope & still fewer think, the K(ing) of Fr(ance) will succeed & that the French will submit, but the press here joins in grand chorus ag(ains)t the suppression of the liberty of that over the water«. <sup>17</sup> Allerdings stand Greville mit seiner Meinung über den Sturz der Bourbonen nicht allein, wenn er bemerkte, »they richly deserve their fate«. <sup>18</sup> Desungeachtet registrierte man die Nachrichten aus Paris mit gemischten Gefühlen, hatte der Mob doch die Elitetruppen besiegt. Die Fußtruppen der Revolution, Intellektuelle, Studenten, Arbeiter und Emigranten waren republikanisch gesinnt. Als der ›Kampfpreis‹ der Revolution an das liberale Pariser Bürgertum gefallen war, wurde diese Nachricht bei der britischen Herrschaftselite mit Erleichterung aufgenommen, zumal eine republikanische Staatsform in Frankreich, unkalkulierbare europäische Konsequenzen gehabt hätte. Die Entscheidung für eine konstitutionelle Monarchie mit neuer Dynastie und die Revision der Charte von 1814 im liberalen Sinne konnte möglicherweise eine europäische Intervention verhindern. Die Führer der Revolution betrauten zunächst den Herzog von Orleans, Louis Philippe, mit der »lieutenance générale«. Nach der Verfassungsrevision leistete er als »Roi des Français« am 9. August 1830 den Eid auf die neue Charte.

Der republikanische Flügel der Träger der Julirevolution war über das »bürgerliche« Ergebnis der Revolution verbittert und tief enttäuscht. In seinen Augen war die Revolution auf halbem Wege stehen geblieben. In den folgenden Jahren versuchten diese Kräfte daher immer wieder die instabile innenpolitische Lage der Monarchie durch politische und soziale Agitation für ihre Ziele auszunutzen.

Zur Herrschaftsstabilisierung mußte Louis Philippe daher zunächst einmal mit rasch wechselnden Ministerien arbeiten und berief in der Anfangsphase der Julimonarchie vor allem Repräsentanten der Bewegungspartei in die Regierung, die als Exponenten einer liberalen Fortentwicklung der Staats- und Gesellschaftsverfassung gelten würden. Damit hoffte er die weitverbreitete Unzufriedenheit abfangen zu können und einer Radikalisierung erfolgreich zu begegnen. Verständlicherweise lag daher zunächst wegen der schwierigen innenpolitischen Situation der Schwerpunkt der Interessen des Königs in der Innenpolitik. Zur Abstützung dieser Interessen war ihm an einer möglichst schnellen Anerkennung seines revolutionären Königtums durch die europäischen Großmächte und an einer europäischen Friedenspolitik gelegen. Die aus innenpolitischen Notwendigkeiten und Zwängen von Louis Philippe verfolgte Politik wurde im Ausland zunächst falsch ausgelegt. So waren in Großbritannien die »landed interests« und die »middling sort of people« »terrified to death at the national flag & colours, because they see in its train, revolutions, invasions & a thousand alarms«. <sup>19</sup> Auch Greville, einer der wichtigsten Chronisten dieser Zeit, hätte

<sup>17</sup> BM Add. MSS 41102 p. 37f. (30. 7. 1830).

<sup>18</sup> Ibid., p. 41 (31. 7. 1830).

<sup>19</sup> Ibid., p. 43 (31. 7. 1830).

lieber das neue französische Königtum unter dem Lilienbanner gesehen. Irritiert waren Beobachter der französischen Vorgänge in London, daß Louis Philippe versuchte, »to assume the character of a Jacobin King«<sup>20</sup> und sich zu sehr als »Bürgerkönig« gerierte. Ein derartiges Auftreten und Verhalten sei »very suitable to an American President but unbecoming a descendant of Louis 14«.<sup>21</sup>

Die Vertreibung des Bourbonenkönigs Karl X. und die Einsetzung eines neuen Königs durch das Volk brachten die europäischen Großmächte in große Verlegenheit. Großbritannien, Rußland, Österreich und Preußen hatten 1814/15 die Bourbonen zweimal als Könige von Frankreich wiedereingesetzt. Sie hatten sich im Vertrag vom 20. November 1815, der auf dem Aachener Kongreß 1818 erneuert wurde, verpflichtet, im Falle einer Revolution in Frankreich mit dem legitimen König über Maßnahmen zu beraten, welche Schritte zur Erhaltung der Sicherheit ihrer Staaten und des europäischen Friedens zu ergreifen sein würden.<sup>22</sup> Außerdem war damals ohne Wissen Frankreichs ein gemeinsames Aktionsprogramm der Mächte der Viererallianz von Chaumont vereinbart worden, sollte von Frankreich eine Gefährdung des Friedens ausgehen.<sup>22</sup> Die europäischen Großmächte dachten zunächst jedoch aus recht unterschiedlichen Gründen nicht an eine Intervention, d. h. an eine Materialisierung ihrer Verpflichtungen zur Bewahrung des Legimitätsprinzips. Allein Zar Nikolaus war vor dem Ausbruch des Aufstandes in Polen entschlossen, zugunsten einer Restauration der Bourbonen zu intervenieren. Allerdings kam Metternich mit dem russischen Außenminister Nesselrode im sog. »Chiffon de Carlsbad« überein, nichts zu unternehmen, solange Frankreich die 1814/15 festgelegten Grenzen achtete und sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischte.<sup>23</sup> Man war bemüht, alles zu vermeiden, was von Frankreich als Provokation aufgefaßt werden könnte, beispielsweise militärische Vorkehrungsmaßnahmen an den Grenzen, Manöver, Rekrutierungen und die Ergänzung von Festungsbesatzungen auf den Kriegsfuß. Aus diesen Überlegungen sagte der preußische König, gegen den Willen der Kriegspartei in Berlin, die bei Koblenz geplanten Manöver ab, um, wie der britische Gesandte beim Deutschen Bund, Chad, an Aberdeen, berichtete, »to avoid giving rise to any expectations or apprehensions«.<sup>24</sup> In diesem Sinne wirkte auch die britische Politik. Die Regierung in London verhielt sich zunächst zurückhaltend abwartend. Dies verdeutlicht die Instruktion Aberdeens an den britischen Botschafter in Paris, Charles Stuart de Rothesay, vom 6. August 1830:

»His Majesty's Government are strongly impressed with the necessity not only of your abstaining from all interference direct or indirect in the proceedings of the various parties who have been called into action; but it is almost of equal importance that you should refrain from the expression of all opinion.«<sup>25</sup>

London versuchte auch in Wien, Berlin und St. Petersburg Unterstützung für eine

<sup>20</sup> Ibid., p. 78 (20. 8. 1830).

<sup>21</sup> Ibid., p. 61 (14. 8. 1830).

<sup>22</sup> Vgl. PRO F. O. 93 Treaties, Austria 11/18 Art. 2 sowie 11/19 Secret Military Alliance v. 15. 11. 1818.

<sup>23</sup> Vgl. E. MOLDEN: Die Orientpolitik des Fürsten Metternich 1829–1833 Wien/Leipzig 1913, S. 119 (Text des Chiffon de Carlsbad). Vgl. auch G. HUBER: Kriegsgefahr über Europa (1830–1832), Berlin 1936, S. 30ff.

<sup>24</sup> PRO F. O. 30/31 Chad–Aberdeen, Nr. 31 v. 9. 8. 1830.

<sup>25</sup> PRO F. O. 27/405 Instruktion Aberdeens v. 6. 8. 1830 app. William IV v. 10. 8. 1830.

überlegte, abwägende Politik zu gewinnen, aber auch in wegen ihrer geographischen Nähe zu Frankreich besonders gefährdeten Staaten wie den Vereinigten Niederlanden. So empfahl Botschafter Bagot dem Prinzen Friedrich der Niederlande »that in the present posture of affaires . . . I thought it highly desirable that no step whatever should be taken by His Netherland Majesty, which could by any possibility be constructed either by the French Nation, or the Belgian Provinces, as a measure of defiance or distrust, or which might to sound too soon a note of alarm in the Country or in Europe«. <sup>26</sup>

Die britische Politik der »strict but watchful neutrality«, wie sie uns als Tenor der Instruktion Aberdeens vom 6. August 1830 entgegentritt, wurde zunächst nicht von allen Mitgliedern des Kabinetts befürwortet. So hatte Premierminister Wellington ursprünglich als einzig mögliche Entscheidung Großbritanniens eine Intervention zusammen mit den anderen Großmächten gesehen. Aberdeen, unterstützt von Peel, <sup>27</sup> konnte Wellington jedoch davon überzeugen, daß Großbritannien das durch die Julirevolution geschaffene »fait accompli« in Frankreich erst einmal akzeptieren müsse, um den neuen Machthabern in Paris keinen Anlaß für ein Ausgreifen der Revolution über die Grenzen Frankreichs hinaus zu bieten. <sup>28</sup> Als Legitimation für einen britischen Kriegseintritt war in der schwierigen innenpolitischen Lage nur eine Aggression Frankreichs ohne vorherige Provokation denkbar. Vor allem wollte man in London aus innen- und außenpolitischen Überlegungen eine Radikalisierung in Frankreich verhindern. Die Ausrufung der Republik müßte zwangsläufig zu einer europäischen Intervention führen, der sich auch Großbritannien würde nicht entziehen können. So berichtete der britische Gesandte beim Deutschen Bund in Frankfurt über die Beurteilung der Julirevolution durch die deutschen Mächte,

»that the establishment of a Republic in France is considered an event which should entirely change the view which these powers take of the subject and that in that case, not only would an intervention be looked upon as necessary and probable; but that some believe, that England would join in such an intervention«. <sup>29</sup>

Radikalisierung und Intervention aber würden nicht allein den »great democratical spirit« und die Bewunderung für die Revolution – auch in Großbritannien – verstärken, sondern könnten revolutionäre Entwicklungen in vitalen britischen Sicherheitszonen, beispielsweise in Belgien, Italien und auf der Iberischen Halbinsel einleiten. <sup>30</sup> Dem sowieso innenpolitisch schon stark angeschlagenen Ministerium Wellington würden Zeichen einer Interventionsbereitschaft bei den Unterhauswahlen (Counties) schaden und der Whigopposition eine Bestätigung ihrer Argumente gegen die Regierung liefern. Schon im Frühjahr 1830 hatte Lord Holland Wellington verdächtigt, an einer »European Conspiracy« zur Aushöhlung der französischen »Charte« von 1814 beteiligt zu sein. <sup>31</sup> Hinzu kam – ein für die britische Innenpolitik gewichtiges Moment –, daß die neue französische

<sup>26</sup> PRO F. O. 37/169 Nr. 43 Bagot–Aberdeen v. 3. 8. 1830.

<sup>27</sup> Vgl. L. IREMONGER: Lord Aberdeen, London 1978, S. 118.

<sup>28</sup> Vgl. Korrespondenz Wellington–Aberdeen in BM Add. MSS 43059 (Aberdeen).

<sup>29</sup> PRO F. O. 30/31 Chad–Aberdeen, Nr. 31 v. 9. 8. 1830.

<sup>30</sup> BM Add. MSS 41102 p. 59ff. (10. u. 14. 8. 1830).

<sup>31</sup> Vgl. BM Add. MSS 51548 (Holland House Papers) Holland – Grey, 5. 3. 1830.

»Charter is certainly drawn up with great moderation, the few alternations which have been made approximates it to the spirit of the English Constitution«.<sup>32</sup>

Gerade dies sollte bei der späteren »ideologischen Blockbildung« in der »liberal alliance« von Bedeutung sein. Ein Vorgehen gegen das Julikönigtum aber hätte von daher auch auf wenig Unterstützung im Lande rechnen können. Diese Momente – hinzu kamen noch wirtschaftliche und finanzielle – beeinflussten nachhaltig die britische Frankreichpolitik.

In einem Memorandum vom 14. August 1830 »Upon the existing state of our relations with France« befaßte sich Wellington mit den britischen Optionen in der durch die Julirevolution entstandenen internationalen Lage. Mit den revolutionären Vorgängen in Frankreich sei sicherlich der »Casus Foederis« im Rahmen der Verträge von 1814/15 und 1818 eingetreten und es drohe nicht allein ein Bürgerkrieg in Frankreich, sondern ein allgemeiner europäischer Krieg. Aus der Sicht Wellingtons waren aber interalliierte Beratungen für eine gemeinsame Aktion ungeeignet. Wegen der großen Entfernungen und der schlechten Kommunikationsmöglichkeiten würde allzu viel Zeit verstreichen »before there could be any real consultation and decision«.<sup>33</sup>

Wellington und seine Kabinettskollegen glaubten daher, daß »the Duc d'Orléans is the person under whose administration of the government the best hopes of continued peace are afforded under existing circumstances. Nobody can believe that the revolutionary evils . . . would not be aggravated, the authority of the Duc d'Orléans injured, and the confidence of the country in him diminished, by any declaration of the four Allied Courts against him, and by any doubt or hesitation in recognising his authority, particularly by his Majesty and the Government of this country. The evil hanging over Europe as the consequence of the transactions of the last fortnight will come soon enough. I cannot hope that any step that we, or our Allies, can take will prevent it. It is obvious that the only feeble hope that we have of maintaining the peace of the world is in the character and moderation of the Duc d'Orléans. He will endeavour to preserve peace, and he may succeed if he has strength to govern the country. But he can have strength only by the countenance, and the protection which that countenance can give him, of the Great Powers of Europe. It appears to me, then, that good policy requires that we should recognise the Duc d'Orléans as king at an early period after notification of his authority, allowing a reasonable period for deliberation«.<sup>34</sup>

Damit trat Wellington für eine rasche Anerkennung Louis Philippes ein, den er als stabilisierendes, friedensicherndes Element in der französischen Politik sah. Um dessen Stellung nicht zu gefährden, sprach sich die Regierung Wellington gegen den preußischen Vorschlag für eine Viermächtekonferenz über Frankreich aus, der in den ersten Wochen und Monaten nach der Revolution immer wieder erneuert wurde.<sup>35</sup> Gewicht hatte dabei vor allem die Überlegung, daß

<sup>32</sup> BM Add. MSS 41102 p. 61 (14. 8. 1830).

<sup>33</sup> BM Add. MSS 43059. Gedruckt in: Despatches, Correspondence and Memoranda of Field Marshall Arthur Duke of Wellington. 8 Bde. London, 1867–1880. Bd. VII, S. 162–169 (i. d. F. WND).

<sup>34</sup> Ibid.

<sup>35</sup> Vgl. PRO F. O. 244/25 sowie PRO F. O. 30/31 z. B. Nr. 45 v. 9. 9. 1830.

»it would be impossible for any such conferences to exist without giving rise to much misinterpretation, and probably leading to the most mischievous effects.«<sup>36</sup>

Nach eingehender Beratung der französischen Thronfolge sowie der völkerrechtlichen Probleme und Konsequenzen einer Anerkennung Louis Philippes als französischen König entschloß sich Großbritannien am 27. August 1830 zu diesem Schritt. Eine Rolle spielten in diesem Zusammenhang auch die britischen Verpflichtungen aus den Verträgen von 1815/18. Diese sah Großbritannien nach wie vor als gegeben an, soweit sie Fragen der europäischen Sicherheit betrafen. In britischer Sicht hatte aber Karl X. keinen Anspruch von den Alliierten wieder in seine legitimen Rechte eingesetzt zu werden. König und Regierung in Frankreich hätten nicht, so argumentierte Wellington, verfassungsgemäß regiert und gehandelt und damit das Recht auf Unterstützung verwirkt.

Die Anerkennung des Julikönigtums durch Großbritannien erfolgte im Alleingang.<sup>37</sup> Die Gründe für diesen Schritt erläuterte Wellington am 17. August:

»I am quite certain that the case in France is one of revolution and that we are bound by treaty to concert with our Allies. Circumstances render it expedient, for their interest as well as our own, that we should act without this concert.«<sup>38</sup>

Die britische Entscheidung durch schnelle Anerkennung des neuen Regimes in Paris zur Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse in Frankreich beigetragen zu haben, auch wenn »(t)here are some bitter pills to swallow . . . However the best chance for peace is to swallow them all«,<sup>39</sup> war eine weise Maßnahme, insbesondere hinsichtlich der späteren Ereignisse. In einem ausführlichen Zirkular an die britischen Missionen in St. Petersburg, Wien und Berlin sowie deren abschriftliche Mitteilung an die anderen europäischen Regierungen<sup>40</sup> begründete Aberdeen den britischen Schritt und betonte gleichzeitig die nach wie vor bestehende Notwendigkeit für eine gemeinsame Politik der Großmächte zur Erhaltung des status quo der Verträge von 1814/15, d. h. für die Aufrechterhaltung der in Paris und Wien geschaffenen internationalen Ordnung.<sup>41</sup> Nachdem Österreich, Preußen und auch Rußland zu erkennen gegeben hätten, daß sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten Frankreichs einmischen wollten, sei es doch eine logische Konsequenz dieser Haltung, so meinte Aberdeen, den neuen französischen König anzuerkennen. Dies würde der von den alliierten Regierungen verfolgten Politik der Nichtintervention und »Watchful Neutrality« entsprechen und den europäischen Frieden sichern.

<sup>36</sup> PRO F. O. 7/220 Nr. 24 Aberdeen–Cowley (Wien) 27. 8. 1830. Abschriften PRO F. O. 244/25 und F. O. 208/11 sowie Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (BHStA) MA 399.

<sup>37</sup> Vgl. Ch. K. WEBSTER: *The Foreign Policy of Palmerston 1830–1841*, London 1969 (1951), Bd. I, S. 93ff. P. HAYER: *Modern British Foreign Policy. The Nineteenth Century 1814–80*, London 1975, S. 62ff. A. W. WARD/G. P. GOOCH (Hg.): *The Cambridge History of British Foreign Policy 1783–1919*, Bd. 2, Cambridge 1922, S. 119ff.

<sup>38</sup> WND VII, 178.

<sup>39</sup> BM Add. MSS 43059 Wellington – Aberdeen 14./17. 8. 1830. Vgl. auch IREMONGER: Aberdeen, 168.

<sup>40</sup> PRO F. O. 65/184 Nr. 20 v. 27. 8. 1830 Aberdeen – Heytesbury (St. Petersburg) PRO F. O. 7/220 Nr. 24 v. 27. 8. Aberdeen – Cowley (Wien) PRO F. O. 244/25 Aberdeen – Brook Taylor (Berlin) eod.

<sup>41</sup> PRO F. O. 244/25 Nr. 7 Aberdeen – Brook Taylor, 27. 8. 1830: »In this situation of Affairs, nothing can be more clear than the necessity of the most perfect union & concert of the Great Powers, founded on their determination to preserve the state of territorial possession as settled by the General Treaties of Vienna & Paris . . .«.

Die neue französische Regierung ihrerseits betonte, daß sie die Verträge von 1814/15 einhalten werde und zur Grundlage ihrer Außenpolitik das Prinzip der Nichtintervention gemacht habe. Diese Entscheidung war vor allem angesichts der Ereignisse nach dem Brüsseler Aufstand in Belgien wichtig. So hatte Außenminister Molé den in Brüssel am Ort des Geschehens residierenden französischen Vertreter davon in Kenntnis gesetzt:

»Les ordres sont donnés sur toute notre frontière pour que la neutralité la plus exacte et la plus scrupuleuse soit imperturbablement gardée. La France et son gouvernement n'interviendront jamais ni directement ni indirectement dans les affaires intérieures des autres Etats, aussi longtems que ce principe sera respecté par tous les cabinets.«<sup>42</sup>

Ebenso wie die französische Erklärung über die Nichtintervention in Belgien und die Anerkennung des Status quo in hohem Maße aus innenpolitischen Rücksichten erfolgte, spielten auch bei den Entscheidungen in der britischen Frankreichpolitik neben sicherheitspolitischen Überlegungen vor allem auch die innenpolitischen Konstellationen eine zentrale Rolle. Zum besseren Verständnis des außenpolitischen Krisenverhaltens Großbritanniens nach der Julirevolution sei daher auf die innenpolitischen Rahmenbedingungen eingegangen.

Rückblickend hatte Palmerston 1832, nach der Verabschiedung der Reform Act, das innenpolitische Krisenmanagement Großbritanniens mit dem der Deutschen Großmächte, Frankreichs und Hollands verglichen und bemerkt:

»No doubt there are many who want Revolution and they should be opposed; but the more people are opposed by, the less likely they are to succeed. Divide et Impera, should be the Maxims of Gov(ernmen)ts in these Times. Separate by reasonable Concessions the moderate from the exaggerated, Content the former by fair Concessions and get them to assist in resisting the insatiable Demands of the latter. This is the only way to govern now adays but then it must be resorted to betimes and not to be put off till too late, as it was by K(ing) William in Belgium, by Charles 10 on the Thursday of July and all celebrated Tories who have figured in the black letter pages of History.«<sup>43</sup>

Trotz aller polemischer Untertöne, die Palmerstons Brief über die »Tories« und auch über Metternich enthält<sup>44</sup> sind seine Überlegungen charakteristisch für das innenpolitische Krisenmanagement Großbritanniens seit den Revolutionskriegen. Die britische Macht- und Führungselite, ihrem Charakter nach noch weitgehend aristokratisch, hatte frühzeitig erkannt, daß die sozialen und wirtschaftlichen Probleme einer Epoche des Übergangs und Umbruchs, im Zeichen einer sich mit der Industriellen Revolution ausbildenden industriellen Gesellschaft, sich am besten durch eine Politik schrittweiser, der jeweiligen Situation angepaßter Reformen und »improvements« in der politisch-sozialen und ökonomischen Verfassung lösen ließen. Mit der Wiener Ordnung von 1814/15 hatte sie die außenpolitischen Voraussetzungen für diese Politik geschaffen. Allein über eine Politik des friedlichen Wandels sah die britische Machtelite eine Chance, ihre Stellung im politischen Entscheidungsprozeß zu erhalten, d. h. sie mußte versuchen, durch eine Reformpolitik der kleinen Schritte, die nicht auf aristokratischen Privilegien beharrte, Vertrauen in die aristokratische Herrschaft zu

<sup>42</sup> AAE C. P. Hollande 628 Molé – La Moussaye 29. 8. 1830.

<sup>43</sup> Palmerston Papers BP/G. C./BE 419 Palmerston – Lamb v. 30. 6. 1832.

<sup>44</sup> Ibid.: »I am afraid Metternich is going to play the Devil in Germany«.

schaffen. So konnte die »respectable opinion«, die formal nicht in den staatlichen Institutionen repräsentiert war, gewonnen werden. Die als notwendig erkannten Veränderungen im politisch-sozialen und ökonomischen System Großbritanniens wurden durch die Liverpooladministration bereits während der Napoleonischen Kriege eingeleitet. Die Reformen waren wenig spektakulär, besaßen aber eine Solidität, die vielfach den »great whig reforms« der 1830er Jahre fehlten. Eine Agrarkrise, Mißernten und eine Absatzkrise der Industrie zwangen die Regierung in den ersten Nachkriegsjahren, wirkungsvolle Maßnahmen einzuleiten, zogen diese wirtschaftlichen Probleme doch steigende Brotpreise, fallende Löhne und Arbeitslosigkeit nach sich und in ihrem Gefolge vermehrte Unzufriedenheit und Anfälligkeit für radikale Parolen. Durch die Gesetzgebung nach den Napoleonischen Kriegen, auch im Bereich der Industrie- und Sozialpolitik sowie durch geeignete sozialpolitische Maßnahmen gelang es der Regierung bis 1821 die schwierige innenpolitische Nachkriegssituation, die zunächst die Erwartungen der Bevölkerung nach »Peace and Plenty« nicht erfüllen konnte, zu meistern. Die Wirtschaftssituation wurde verbessert, der aristokratischen Herrschaft der Anschein einer Interessenpolitik für eine einzelne Gruppe genommen, der »middling sort of people« das Gefühl gegeben, daß die Regierung die innere Sicherheit ohne Repression zu bewahren trachtete. Zu Beginn der zwanziger Jahre hatte Großbritannien damit den Übergang zum »politischen Massenmarkt« praktisch vollzogen und seinem politisch-sozialen System die erforderliche Stabilität verliehen, die es ermöglichen sollte, mit den Problemen einer entstehenden Industriegesellschaft und ihren wirtschaftlichen und sozialen Kosten fertig zu werden.<sup>45</sup>

Die späten zwanziger und frühen dreißiger Jahre mußten zeigen, ob das politisch-soziale System Großbritanniens flexibel, reformfähig und widerstandsfähig genug war, um, angesichts langfristiger struktureller Transformationsprobleme, angesichts zunehmender Exportabhängigkeit für Industriegüter und wachsender Importabhängigkeit bei der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln, die Belastungen des Zusammentreffens von internationalen, wirtschaftlichen und innenpolitischen Krisen ohne revolutionären Umbruch zu überstehen. Ein derartiger Testfall für das System ergab sich 1830 als der revolutionäre Funke, ausgelöst durch die Julirevolution, zunächst auf die Nachbarn Frankreichs übersprang und sich auch auf andere europäische Staaten auswirkte. In diesem Zusammenhang wurde immer wieder die Frage gestellt, warum der revolutionäre Funke 1830 nicht auch nach Großbritannien übersprang.<sup>46</sup>

Von entscheidender Bedeutung war sicherlich die eingangs erörterte innenpolitische Krisenstrategie der britischen Herrschaftseliten und ihr Verhältnis zur Macht. Dies war ein Fundament, an dem in der kritischen innenpolitischen Lage zwischen 1826/27 und 1832 weiter gebaut werden konnte. Wie in der schwierigen innenpoliti-

<sup>45</sup> Vgl. u. a. N. GASH: *Aristocracy and People. Britain 1815–1865*, London 1979, S. 9 ff. J. STEVENSON: *Popular Disturbances in England 1700–1870*. London 1979, S. 205 ff. W. D. GRUNER: *Struktur des europäischen Friedens* (wie Anm. 10) I, Kap. 4, S. 491 ff., S. 562 ff. DERS.: *Der Deutsche Bund als ›Centralstaat von Europa‹ und die Sicherung des Friedens. Aspekte britisch-deutscher Beziehungen in der internationalen Krise von 1819/20*, in: L. KETTENACKER/M. SCHLENKE/H. SEIER (Hg.): *Studien zur Geschichte Englands und der deutsch-britischen Beziehungen. Festschrift für Paul Kluge*, München 1981, S. 179–202.

<sup>46</sup> Vgl. z. B. G. RUDÉ: *Why was there no Revolution in England in 1830 or 1848?* in: M. KOSSOK (Hg.): *Studien über die Revolution*, Berlin 1969, S. 231–244, deutsch in H. STUKE/W. FORSTMANN (Hrsg.), *Die europäischen Revolutionen von 1848*. Königstein, 1979, S. 30–45.

schen Situation nach den Napoleonischen Kriegen konzentrierte sich das Interesse erneut auf die innenpolitischen Probleme und die Bedingungen ihrer Lösbarkeit, wobei nach der erfolgreichen Julirevolution in verschiedenen Gruppen die Bereitschaft zum Umdenken wuchs.

Die wirtschaftliche Aufschwungphase zu Beginn der zwanziger Jahre – mit Ergebnis der Öffnung neuer Märkte – und die Regierungsmaßnahmen hatten zu einer deutlichen Verbesserung des sozialen Klimas und somit der Sozialbeziehungen beigetragen. Dies zeigen die Akten des Home Office dieser Jahre über die »Activities in Distressed Areas«. Der politischen Agitation wurde so der Nährboden entzogen. Seit 1826/27 verschlechterten sich erneut die Absatzchancen der Industrie. Dies konnte nicht ohne Rückwirkungen auf die Beschäftigungslage bleiben, denn im Zeichen der Hochkonjunktur hatten die Unternehmer ihre Produktionskapazitäten u. a. durch verstärkte Mechanisierung erweitert und damit auch selbst zu einem »overtrading« beigetragen. Die Rezession führte daher zu Massenentlassungen, Stilllegung zahlreicher Produktionsstätten und drastischen Lohnabschlägen, die die Arbeiter in große wirtschaftliche Not brachten. Es kam zu Unruhen, Streiks und Aussperrungen, vielfach begleitet von Maschinenstürmen und Brandstiftungen. »Relief Committees for the Poor« machten sich Gedanken zur Verringerung von Arbeitslosigkeit und sozialer Not. Sie empfahlen den Einsatz Arbeitsloser beim Straßenbau, Kanalbau und Seefischfang,<sup>47</sup> aber auch einen Innovationsstopp. Um der Dauerarbeitslosigkeit der Weber und anderer Berufe, die Opfer des technologischen Wandels geworden waren, zu begegnen und der sich gerade in dieser Schicht verstärkenden Bereitschaft, sich den Parolen der Radikalen zuzuwenden,<sup>48</sup> entgegenzuwirken, wurde vorgeschlagen

»to impose a Tax on all Machinery employed in the manufacture of articles which heretofore were produced by the sole labour of Men«.<sup>49</sup>

Mit der Wirtschaftsflaute, fallenden Löhnen, Arbeitslosigkeit, schlechten Ernten, steigenden Lebenshaltungskosten und einer überdurchschnittlichen Belastung der Kommunen durch die »poor rate«<sup>50</sup> kamen erneut Themen hoch, die in Zeiten der wirtschaftlichen Prosperität und der Überdeckung bestehender Strukturprobleme kaum Interesse fanden:

Aufhebung der Korngesetze, Katholikenemanzipation, Verminderung der Regierungsausgaben und Reform des Parlamentes.

Die Petitionen und Adressen für den »Repeal of Corn Laws« verstärkten sich seit 1826. König und Parlament sollten die Einfuhr von Getreide erleichtern bzw. die Importbeschränkungen überhaupt aufheben, denn

»the distress cannot be relieved unless Corn Laws be repealed (and) the taxes & government expences must be reduced to save us from starvation«.<sup>51</sup>

<sup>47</sup> Vgl. PRO Home Office Papers (H. O.) 40/21 (1), 22 (1).

<sup>48</sup> Vgl. z. B. PRO H. O. 40/19 (1) Memorandum Communication Hale v. 13. 1. 1826 PRO H. O. 40/22 (1) Address Lancashire Weavers v. 16. 5. 1827.

<sup>49</sup> Vgl. z. B. PRO H. O. 40/21 (1) R. Kittoe – Peel, Maidstone 8. 8. 1826 und ähnlich PRO H. O. 40/24 (2).

<sup>50</sup> PRO H. O. 40/19 (1) Memo Hale: »Before the end of this month (i. e. January 1826, WDG) there will be 10000 Weavers in Spital Fields with their Families left entirely destitute, whom the whole Poor Rate of the year could not support for a week . . .«.

<sup>51</sup> PRO H. O. 40/21 (1) Flugblatt »Public Meeting« v. 17. 8. 1826.

In Regierung und Parlament war eine wachsende Bereitschaft zur Revision der »Corn Laws« festzustellen, standen diese doch im Widerspruch zum Geist der Außenwirtschaftspolitik, in der mit der Lockerung der »Navigation Laws« bereits der Übergang zum Freihandel eingeleitet worden war. William Huskisson, der »President of the Board of Trade and Treasurer of the Navy«, hatte bereits 1825 die Auffassung vertreten, daß

»whenever you give a free scope to capital, to industry, to the stirring intelligence and active spirit of adventure, which so strongly marks the present times, you are in fact opening new roads to enterprise and affording new facilities to the interchange of the production of the different regions of the earth.«<sup>52</sup>

Die Frage der »Corn Laws« wurde besonders in den Jahren 1826–28 und auch in den dreißiger Jahren zu einem beherrschenden Thema der parlamentarischen und außerparlamentarischen Auseinandersetzungen. 1826 wollte die Liverpooladministration wegen der anstehenden »general elections« die »agricultural interests« nicht vor den Kopf stoßen.<sup>53</sup> Ihr behutsames Streben in der Kornfrage, den Schritt zu einem »freer trade« zu vollziehen,<sup>54</sup> wurde jedoch durch einen Änderungsantrag Wellingtons zu Fall gebracht. Premierminister Canning war ungehalten über Wellingtons »trickery upon the Corn Bill«.<sup>55</sup>

Die Abstimmungsniederlage der Regierung im Oberhaus war das Ergebnis einer Koalition von Agrarprotektionisten und Regierungsgegnern.<sup>56</sup> Nach dem Schlaganfall Liverpools deutete sich bereits beim Kampf um seine Nachfolge eine Neugruppierung der »Parteien« an. Nur mit Unterstützung der Whigs hatte Canning eine tragfähige parlamentarische Mehrheit und ein Kabinett zusammenbringen können. Cannings überraschender Tod hatte die neu geschaffene Mehrheit wieder zerbrechen lassen und den Weg für ein reines Torykabinett unter Wellington geebnet. Dieses drohte an den unterschiedlichen Auffassungen innerhalb des Kabinetts in der Kornfrage zu scheitern. Die »Corn Bill« von 1828 war ein Kompromiß. Auch wenn das vom Parlament schließlich verabschiedete Korngesetz nur eine partielle Reform brachte, bedeutete es doch einen wichtigen Schritt zum »commercial freedom«.<sup>57</sup> Neben den Korngesetzen mußte sich das Kabinett Wellington mit der lange überfälligen Frage der Katholikenemanzipation befassen, deren Realisierung bisher am Widerstand vor allem des protestantischen Monarchen gescheitert war. Wellington vollzog in der Katholikenfrage eine überraschende Kehrtwendung und wurde zum Verfechter der Abschaffung der »Test Acts«. Die Katholikenfrage mußte gelöst werden, war doch ihre Brisanz erneut deutlich geworden als der Gründer der »Catholic Association«, Daniel O'Connell, bei einer Unterhausnachwahl für das County Clare kandidierte und einen

<sup>52</sup> Hansard Parliamentary Debates HoC II/XII Sp. 1110 v. 21. 3. 1825. Zit. auch bei P. DIXON: Canning, London 1976, S. 268f.

<sup>53</sup> Vgl. hierzu vor allem B. HILTON: Corn, Cash, Commerce. The Economic Policies of the Tory Governments 1815–1830, Oxford 1977, S. 269ff.

<sup>54</sup> Ebenda, S. 272ff.

<sup>55</sup> PRO 30/29/8/12 Canning – Levenson Gower 19. 6. 1827. Vgl. auch DIXON: Canning (wie Anm. 52), S. 270ff. W. HINDE: George Canning, London 1973, S. 453ff.

<sup>56</sup> Vgl. HILTON: Corn, Cash (wie Anm. 53), S. 283f.

<sup>57</sup> Zur Beurteilung HILTON: Corn, Cash (wie Anm. 53), S. 290ff. E. LONGFORD: Wellington. Pillar of State, Frogmore 1975, S. 203ff.

überwältigenden Sieg errang. Wellington entschloß sich nun aus staatspolitischen Notwendigkeiten für die Katholikenemanzipation und arbeitete bis zum Jahresende 1828 einen Geheimplan aus,<sup>58</sup> der schließlich auch die Zustimmung des Königs fand. Nach harten Auseinandersetzungen in beiden Häusern des Parlamentes und einem Ultimatum an Georg IV. passierte die »Relief Bill« am 10. April 1829 das Parlament. Doch, wie sich zeigen sollte, war »Catholic Emancipation . . . not a cure-all«.<sup>59</sup> Dies wurde insbesondere in der Reformfrage deutlich. In Irland besaßen die »Forty-Shilling-Freeholders« seit 1793 Wahlrecht. Gleichzeitig mit dem Gesetz über die Katholikenemanzipation war aber ein weiteres verabschiedet worden, das den Wahlsensus auf Countyebene auf 10 Pfund heraufsetzte und damit etwa 200 000 Freeholdern dieses Recht entzog. Die Regierung konnte fortan auch nicht mehr argumentieren »that the multi-patterned franchise was a thing of such exquisite balance and deftness that it should on no account be disturbed«.<sup>60</sup> Dies gab der Reformagitation erneut Auftrieb. Hinzu kam, daß die Katholikenemanzipation als Erfolg der Organisation und Agitation einer Massenorganisation, der Catholic Association, angesehen wurde, die 1829 »obtained a glorious and bloodless victory«.<sup>61</sup>

Für die britische Innenpolitik brachte die Katholikenemanzipation von 1829 als Langzeitwirkung folgende Konsequenzen:

1. Politische Massenorganisationen konnten durch die Mobilisierung ihrer Anhänger und die Wirkung ihrer Aktionen und Demonstrationen auf die Öffentlichkeit Einfluß nehmen und durch außerparlamentarischen Druck den politischen Entscheidungsprozeß im Sinne ihrer Ziele fördern. Die »Catholic Association« O'Donnells hatte bewiesen, daß politische Ziele auch mit friedlichen Mitteln zu realisieren waren. Die »Political Unions«, die sich der Reform verschrieben hatten, waren in ihrem »middle class«- und »working class«-Flügel bereit, ihre Forderungen nach mehr politischer Mitsprache auf friedlichem Wege durchzusetzen.

2. Das Gesetz über die Katholikenemanzipation war im Parlament mit Unterstützung der Whigs zustande gekommen, die seit Jahrzehnten für die Emanzipation eingetreten waren und jetzt ein wesentliches Ziel ihrer Bemühungen erreicht sahen. Die Whigs griffen nun erneut die Reformfrage auf, nachdem, wie Lord Lansdowne 1825 kommentierte, »prosperity has driven reform almost out of the heads of the reformers«.<sup>62</sup>

3. Die Verwirklichung der lange überfälligen Katholikenemanzipation hatte deutlich gemacht, daß eine entschlossene Regierung den Monarchen auch zu Veränderungen und Reformen zwingen konnte, die dieser im Grunde ablehnte. Entsprechend unter Druck gesetzt würde er auch eine Parlamentsreform schlucken.

4. Die Tories gingen aus der Katholikenemanzipation geschwächt hervor. Der Regierung Wellington wurden nur geringe Überlebenschancen gegeben. Die Katholikenfrage hatte die Tories gespalten. Wellington konnte nicht, wie noch Liverpool

<sup>58</sup> LONGFORD: *Pillar of State* (wie Anm. 57), S. 210ff.

<sup>59</sup> *Ibid.*, 243.

<sup>60</sup> J. CANNON: *Parliamentary Reform 1640-1832*, Cambridge 1972, S. 192.

<sup>61</sup> So Thomas Attwood am 8. 5. 1829 in Birmingham (*The Distressed State of the Country*. Birmingham, 1829).

<sup>62</sup> Lansdowne – Holland 17. 1. 1825 unkorrekt zit. bei CANNON: *Parliamentary Reform* (wie Anm. 60), S. 185. Richtig bei MITCHELL: *The Whigs in Opposition* (wie Anm. 97), S. 182.

oder Castlereagh, als Integrationsfigur wirken, hatte er sich doch als Promotor der Emanzipation ebenso exponiert wie Peel und sich damit den Haß der Ultras zugezogen. Peel erhielt seinen »Denkzettel«, als er sich zur Wiederwahl als Abgeordneter der Universität Oxford stellte und gegen den »Anglican Champion« unterlag. Wie stark die Regierungsentscheidung für den »Catholic Relief« bis in das Jahr 1830 hinein nachteilige Konsequenzen für das Kabinett Wellington hatte, sollten die nach dem Tode Georg IV. notwendigen General Elections zeigen. So schrieb Greville Ende Juli und Anfang August in sein Tagebuch:

»the elections are going ag(ain)st Gov(ernmen)t & no candidate will assure that He stands on Gov(ernmen)t interest, or with the intention of supporting the Duke's Ministry, w(hic)h looks as if it had lost all its popularity . . . all Peels loose their seats«. <sup>63</sup>

Alle Versuche Wellingtons seit 1829, die parlamentarische Basis der Regierung zu verbreitern, waren wenig erfolgreich. Das Parlament blieb »unmanageable« und schränkte die Handlungsfähigkeit des Kabinetts ein.

Premierminister Wellington sprach sich am 2. November 1830 vor dem Oberhaus nachdrücklich gegen jede Parlamentsreform aus. Dies lag wohl zum Teil mit daran, daß er sich nicht erneut für eine brisante innenpolitische Frage, wie sie die Parlamentsreform darstellte, einsetzen wollte, die »he had hitherto opposed«. <sup>64</sup> Eigentlich hätte der Premierminister erkennen müssen, besonders nach der Julirevolution in Frankreich, daß »the signs of the times are all for reform«. <sup>65</sup>

Die Reformfrage, die noch 1829 als »almost forgotten and ill-omened cause« <sup>66</sup> angesehen worden war, wurde wegen der veränderten »Parteien«-Konstellation im Parlament wieder diskussionsfähig. Seit dem Sommer 1829 waren erneut Organisationen für die Verwirklichung der Reformforderungen gegründet worden. Die bedeutendste sollte die im Dezember entstandene »Birmingham Political Union« werden. Sie war im Gegensatz zur im März 1830 gebildeten radikalen »Metropolitan Political Union« gemäßigt. Im Winter und Frühjahr 1829/30 unternahm der langjährige Vorkämpfer der Reform, William Cobbett, eine Vortragsreise durch die Midlands und East Anglia, im Laufe des Jahres weitere nach Yorkshire, Lancashire und Nordengland. Sein Einfluß war nicht, wie der anderer radikaler Reformer, auf die großen Städte und Industrieregionen beschränkt. Er besaß unter dem ländlichen Handwerk, den Farmern und Freeholdern zahlreiche Anhänger. Wegen der schlechten Ernten seit 1828 und einer schweren Rezession im Herbst und Winter 1829/30, hinzu kam ein harter Winter, fiel die Reformagitation in besonders hart getroffenen Regionen auf fruchtbaren Boden und vermischte sich in vorwiegend agrarischen Gebieten mit der Verbitterung über die Katholikenemanzipation und machte auch Tory-Ultras wie Lord Blanford zu Befürwortern der Reform. <sup>67</sup>

Die Unzufriedenheit der Industrie- und Landarbeiter äußerte sich zunächst jedoch nicht in politischer Aktion. Vielfach unter dem Existenzminimum lebend waren sie,

<sup>63</sup> BM Add. MSS 41102 p. 44 (31. 7., 2. 8. 1830).

<sup>64</sup> Vgl. F. BAMFORD/Duke of WELLINGTON (Hg.): *The Journal of Mrs. Arbuthnot*, 2 Bde. London 1950, Bd. II, S. 398.

<sup>65</sup> BM Add. MSS 41102 p. 66.

<sup>66</sup> Hansard Parliamentary Debates HoC II/XXI Sp. 1070.

<sup>67</sup> Zum Reformantrag Blanford vgl. ebenda HoC II/XXI Sp. 1672–89 (18. 2. 1830) und II/XXII Sp. 678–725, Draft Bill Sp. 726–752.

wie schon in den Jahren nach den Napoleonischen Kriegen, mehr an Arbeit und Brot als an politischer Emanzipation interessiert. So war es bezeichnend, daß es seit dem Sommer 1829 in den Industriegebieten der sich organisierenden Arbeiterschaft vor allem um die Erhaltung der Arbeitsplätze und die Verhinderung von zu drastischen Lohnabschlägen ging.<sup>68</sup> Dabei kam es verschiedentlich auch zu Ausschreitungen und zur Zerstörung von Maschinen und Produktionsstätten. Um ungesetzliche Aktionen der Arbeiter zu vermeiden, wandten sich beispielsweise im August 1829 die »Journey-men Spinners« von Manchester mit einer Bittadresse an die Lokalbehörden. Sie sollten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vermitteln:

»It is impossible to answer for the conduct of 1900 hungry men, whose families are starving before their eyes . . . We feel that we are a mass of materials which a spark may ignite and the conflagration might be terrible . . . We most earnestly then, gentlemen, entreat you, not to countenance or encourage such outrages on decency, morality and justice. We beseech you to become arbitrators between us; and on the one hand, release the masters from a practice that must be revolting to their own feelings and on the other, save us from the consequences of our own passions.«<sup>69</sup>

Hauptanliegen der 1829 gegründeten »National Association for the Protection of Labour« war es, sich gegen »repeated and unnecessary reductions of wages« organisiert zur Wehr zu setzen.<sup>70</sup> Das Home Office wollte unter allen Umständen ein neues »Peterloo« vermeiden und appellierte an die Magistrate und die an den Arbeitskonflikten beteiligten Parteien, durch Übereaktionen nicht den öffentlichen Frieden zu gefährden.<sup>71</sup> Die kommandierenden Generale in den verschiedenen Militärregionen unterstützten diese Auffassung. So vertrat Generalmajor Sir Henry Bouverie in einem Brief an den Unterstaatssekretär im Home Office die Meinung,

»that the fears entertained by the Masters and Magistrates will prove to be without foundation, but as it appears to be in the power of the Leaders of the Working Classes to turn out at any time any number of them, it is impossible not to feel the necessity of being prepared.«<sup>72</sup>

Aus der Sicht des Generals war es jedoch angesichts der Ausstrahlungen der Julirevolution in Frankreich auf die innenpolitischen Konstellationen in Großbritannien von zentraler Bedeutung, daß die einflußreichsten Magistrate

»through their means . . . endeavour to impress upon the Master Manufacturers to the impolicy of any hasty or intemperate Measures, such as the sudden introduction of new hands into their Mills; which measure would I have no doubt be productive of much violence on the part of the work people who have turned out.«<sup>73</sup>

Sicherlich besaß die Julirevolution nicht die Wirkung auf die britische Innenpolitik, die ihr von der Literatur vielfach gegeben wird,<sup>73</sup> doch muß sie als ein wesentlicher

<sup>68</sup> Vgl. PRO H. O. 40/26 (1), 27 (3), 24 (1, 2).

<sup>69</sup> PRO H. O. 40/24 (2) An Address from the Journeymen Spinners of Manchester to the Magistrates of the Manchester District. 28. 8. 1829 (signed John Doherty, Secretary).

<sup>70</sup> Vgl. PRO H. O. 40/27 (3) The United Trades' Co-Operative Journal Nr. XIX vol. 1 v. 10. 7. 1830.

<sup>71</sup> Vgl. u. a. PRO H. O. 41/7.

<sup>72</sup> PRO H. O. 40/26 (1) Bouverie – Undersecretary of State, 26. 8. 1830.

<sup>73</sup> Vgl. bes. E. HALEVY: *The Triumph of Reform 1830–1841*, London 1950. Zur Diskussion: RUDÉ: *Why was there no revolution?* und N. GASH: *English Reform and French Revolution in the General Election of 1830*, in: R. PARES/A. J. P. TAYLOR (Hg.): *Essays presented to Sir Lewis Namier*, London 1956, S. 258–288.

»immediate ›precipitating‹ factor« für die Zeit der sog. »Reform Crisis« angesehen werden. So stärkte »the excitement caused by the Revolution in France« ganz entscheidend das Selbstbewußtsein der Arbeiter, wie beispielsweise ein Bericht von Oberstleutnant Shaw an seinen Vorgesetzten aus Manchester verdeutlicht:

»they talk a great deal of their power of putting down the Military and Constables, and until a few weeks have passed over, so as to allow these fumes and follies to evaporate, it would be well to avoid all extreme Measures«. <sup>74</sup>

Hierzu gehörte es auch, für den Einsatz nur reguläre Soldaten bereitzuhalten und wegen der Nachwirkungen der Katholikenemanzipation katholische irische Einheiten abzuziehen. <sup>75</sup>

Die Julirevolution brachte es aber auch mit sich, daß in den Arbeitskonflikten sich beide Seiten kompromißbereit zeigten.

Dies geht aus einem Bericht von Oberstleutnant Shaw hervor, der am 4. September 1830 direkt an den Innenminister berichtete, daß die »Master Manufacturers« und die »turnout workpeople« sich geeinigt hätten.

»This agreement between the men and their employers will have the important effect . . . of doing away with all immediate apprehension of disturbance in this Neighbourhood . . . The decision which the Master Manufacturers . . . have come to may, perhaps be accounted for from the difficulties under which they were placed by the power of the Union of Trades by the Picquetting System adopted against them, and by the extremely unfortunate time for such a contest, the working classes being under excitement produced by the accounts received from France & the Netherlands.« <sup>76</sup>

Gerade dieser Bericht macht deutlich, wie sich im Sommer und Herbst 1830 in Großbritannien langfristige, überkommene Strukturprobleme, wie sie der Übergang zu einer Industriegesellschaft bedingte, mit den äußeren Einwirkungen der Julirevolution und des Brüsseler Aufstandes überlagerten. Die organisierte Arbeiterschaft hatte, begünstigt durch die internationale Krise erfolgreich ihre »bargaining power« unter Beweis stellen können, eine Gefahr, die von Arbeitgeberseite durchaus erkannt wurde und der man entgegentreten wollte. So wurde zum Schutz der Produktionsanlagen und um erfolgreiche Pressionen der Arbeiter zu verhindern »(the) Establishment of a Volunteer Force« vorgeschlagen, hätten die Ereignisse in Frankreich doch gezeigt, daß auf reguläre Armeeeinheiten kein Verlaß sei. <sup>77</sup>

Innenminister Peel geriet im Sommer und Herbst 1830 immer wieder in einen Rollenkonflikt. Als potentieller Premierminister, Hauptsprecher der Regierung im Parlament und Verantwortlicher für die Innenpolitik war ihm daran gelegen, die Unruhen einzudämmen und bei der

»application of Force (if force be unavoidable) [to act] with that union of Moderation & firmness which is so imperatively required under present circumstances« <sup>78</sup> »[and to] take every possible precaution for the preservation of Peace and the Protection of Property«, <sup>79</sup>

<sup>74</sup> PRO H. O. 40/26 (2) Shaw – Bouverie, 9. 8. 1830.

<sup>75</sup> PRO H. O. 40/26 (2).

<sup>76</sup> PRO H. O. 40/26 (6) Shaw – Peel 4. 9. 1830, Kopie H. O. 40/26 (2).

<sup>77</sup> PRO H. O. 44/21 priv. & Confid. Joseph Sparron – Peel 31. 8. 1830. PRO H. O. 41/8 priv. & Confid. Peel – Foster 25. 8. 1830.

<sup>78</sup> PRO H. O. 41/8 Peel – Magistrates Maidstone 31. 10. 1830.

<sup>79</sup> Ebenda priv. & Confid. Peel – Foster 25. 10. 1830.

andererseits war er als »Cotton Manufacturer« Verfechter der Unternehmerinteressen:

In zahlreichen Briefen, in Geheimtinte geschrieben, vertrat er die Auffassung, daß die

»best policy would be for the Masters to resist the demands of their workmen – to close their Collieries – to stop their Cotton Mills and abide the consequences.«<sup>80</sup>

Peel erkannte aber durchaus, daß die öffentliche Meinung so nicht zu gewinnen sei,<sup>81</sup> sich die Schmähchriften gegen ihn vermehren würden<sup>82</sup> und die Handlungsfähigkeit der Regierung, die zu diesem Zeitpunkt durch die ländlichen Unruhen in Kent, Sussex und anderen Counties bereits eingeschränkt war, durch einen harten Kurs der Unternehmer noch weiter verringert würde:

»The ›turn out‹ of some thousand Persons in the present state of feeling so easily excited, would probably soon lead to a breach of the Peace, to a conflict between the Civil Power and the adherents of the Union, to the employment of the Military in aid of the Civil Power. The first conflict might be the signal for many others, and the manufacturing Districts might suddenly be involved in very general confusion.«<sup>83</sup>

Dies konnte aber nicht im Interesse der britischen Regierung liegen, die vermeiden wollte, daß sich die auf sozio-ökonomische Ursachen zurückführbaren Unruhen und Aufläufe in den Industriegebieten und in den agrarwirtschaftlich orientierten Regionen unter den Einwirkungen der französischen Julirevolution und der seit dem Sommer wiederbelebten Reformagitation politisierten. Anzeichen hierfür lagen dem Home Office vor, dem zusammen mit Berichten von Militärstellen und Magistraten auch entsprechende Flugblätter und Plakate übersandt wurden. Anlässlich der County-elections wurde beispielsweise ein Flugblatt »The Truth and Nothing but the Truth. Prosperity of England, according to His Majesty's Speech, contrasted with her corruptions, present an past« verteilt, das die »Views of the Republicans in this country« beinhalte, die, so meinte der Schreiber des Begleitbriefes, »encouraged by the late Revolution in France, are endeavouring to alienate the Minds of the People against the establish'd Government of this Country. It is true that the distress of the middling and lower classes of the People is very great, but there is great Confidence in the friends of Government that the wisdom and moderation of His Majesty's Ministers will be early directed to relieve them and establish the peace and security of the Country upon a firmer Basis than ever.«<sup>84</sup>

Die radikalen Reformer verknüpften beim Wahlkampf Ende Juli/Anfang August 1830 geschickt ihre Reformforderungen mit den aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Problemen und versuchten, ihre Forderungen historisch zu untermauern. Im oben genannten Flugblatt »The Truth and Nothing but the Truth« wird versucht, anhand von Zahlenmaterial das Parlament als korrupt darzustellen. Seine Mitglieder

<sup>80</sup> PRO H. O. 40/26 (1) Secret, Confid., Geheimtinte, Peel – Bouverie 24. 10. 1830. Ähnlich PRO H. O. 41/8 Peel – Foster 25. 10. 1830.

<sup>81</sup> PRO H. O. 41/8 priv. Peel – Foster, 30. 10. 1830.

<sup>82</sup> Vgl. PRO H. O. 44/21, 40/25 (1).

<sup>83</sup> PRO H. O. 41/8 priv. & Confid. Peel – Foster 25. 10. 1830.

<sup>84</sup> PRO H. O. 44/21 C. Gidley – Peel 7. 8. 1830.

seien »not the representatives of the people, but of other members«. <sup>85</sup> Es wird Oliver Cromwells Rede anlässlich der Auflösung des »Long Parliament« zitiert, der den Mitgliedern zurief:

»Ye are a pack of mercenary wretches! and would, like Esau, sell your country for a mess of potage; and like Judas, betray your God for a few pieces of money . . . Is there a man amongst you that hath the least care for the Commonwealth.« <sup>85</sup>

Statt sich der Klagen des Volkes anzunehmen und Mißstände zu beseitigen, seien sie selbst zu einem Klagegrund für das Volk geworden. Abgestimmt auf eine ländliche Bevölkerung wird insbesondere auf den Mißstand der Entrichtung des Zehnten hingewiesen:

»If a poor widow, the labour of whose hands, and the produce of whose garden are the only subsistence of herself and five or six children, hath an apple tree, she must give the tenth of her fruit; if she keep a hen, she must give every tenth egg, or every tenth chicken; and if she have a bee hive, she must yield a tenth of her wax or her honey to the parson of the parish, who, if he is not satisfied with her contributions, will prosecute her in the Ecclesiastical court . . .« <sup>85</sup>

Damit griff das Flugblatt ein Thema auf, das im sozialen Transformationsprozeß auf dem Lande seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert eine gewichtige Rolle spielte und in den Agrarunruhen in East Anglia nach den Napoleonischen Kriegen bereits in der Forderung nach Abschaffung des Zehnten ihren Niederschlag fand. <sup>86</sup> George Rudé hat die Situation auf dem Lande in den Dekaden nach den Napoleonischen Kriegen richtig charakterisiert, wenn er schrieb, daß

»corn prices fell, land went out of cultivation, farmers' profits shrank, labourers were thrown on poor relief; even the landlords, temporarily at least, shared in the general agricultural crisis. The village became the battle-ground of conflicting interests in which the farmer, ranged against the landlord over rent and the parson over tithe, took it out on the labourer by reducing the wages or turning him over to the overseer.« <sup>87</sup>

Nach schlechten Ernten seit 1828 und anhaltenden Versuchen der Farmer, ihre Betriebskosten durch Entlassung ihrer Landarbeiter in den Wintermonaten und durch Einsatz von Maschinen zu senken, bedurfte es im Sommer 1830 nur eines geringfügigen Anlasses, um die »last (rural) labourers' Revolt« <sup>88</sup> auszulösen. Auslösendes Moment waren die schlechte Hopfenernte in Kent und die Einführung von Dreschmaschinen um Canterbury. Arbeitslose Landarbeiter zerstörten Dreschmaschinen, zündeten Scheunen und Farmhäuser an. Die Aufrührer zogen von Dorf zu Dorf und zwangen vielfach andere Arbeiter, sich ihnen anzuschließen. Die Unruhen konnten

<sup>85</sup> PRO H. O. 44/21 »The Truth and Nothing but the Truth«.

<sup>86</sup> Vgl. PRO H. O. 40/1–8, H. O. 41/1; H. O. 42/148–152 sowie A. J. PEACOCK: Bread or Blood. A Study of the Agrarian Riots in East Anglia in 1816, London 1965. GRUNER: Struktur des europäischen Friedens (wie Anm. 10) I, S. 525 ff. M. I. THOMIS, The Aims and Ideologies of violent protest in Great Britain 1800–1848, London 1981.

<sup>87</sup> G. RUDE: English Rural and Urban Disturbances on the Eve of the Reform Bill, in: Past & Present 36–38 (1967), S. 87.

<sup>88</sup> So der Titel von Kapitel X bei J. L. u. B. HAMMOND: The Village Labourer, London 1966 (4. Aufl. 1927), S. 239 ff. Vgl. auch E. HOBSBAWM/G. RUDE: Captain Swing, Harmondsworth 1969. STEVENSON: Popular Disturbances (wie Anm. 45), S. 218 ff. G. RUDE: The Crowd in History, 1730–1848, New York 1964, S. 149 ff.

sich nahezu ungehindert ausbreiten und griffen von Kent auf andere Grafschaften in Süd-, West- und Mittelengland sowie auf East Anglia über.<sup>89</sup> Die Hauptforderungen der Aufrührer in Kent, Dorset, Wiltshire, Bedfordshire und East Anglia und den anderen Aufstandsgebieten waren nahezu gleichlautend:

Höhere Löhne, Beschäftigung auch im Winter und das Verbot, menschliche Arbeitskraft durch Maschinen zu ersetzen.

Um ihren Wünschen Nachdruck zu verleihen, wurden von den Aufrührern nicht nur landwirtschaftliche Maschinen zerstört, sondern vielfach auch die Produktionsstätten. Trotz nachweisbarer Verbindungen zwischen Kent und Frankreich waren die agrarischen Unruhen nicht durch die erfolgreiche Julirevolution ausgelöst worden, auch wenn sie nicht ohne psychologische Wirkung geblieben ist. Radikale Parolen und Reformforderungen lassen sich zwar in Verbindung mit den Unruhen nachweisen, besaßen aber weitgehend nachgeordnete Bedeutung für die Aufrührer. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß radikale Parolen vielfach die Funktion hatten, die Besitzenden zu erschrecken und zum Nachgeben zu zwingen, um auf diese Weise die sozio-ökonomische Situation der Landarbeiter und des ländlichen Kleinhandwerks zu verbessern. In diese Kategorie fallen u. a. die zahlreichen anonymen Drohbriefe an den »Buhmann« der Regierung, Innenminister Peel, dessen

»Combined Measures of Free Trade, Metallic Currency with the Corn Bill of 1828, have ruined the Country«,<sup>90</sup>

oder der Briefe wie den nachfolgenden erhielt:

»Parliamentary Reform in a full and fair representation of the people or Death!!! Mark this, thou contemptible Chad. Swing.«<sup>91</sup>

Wir müssen jedoch auch davon ausgehen, daß Agitatoren die sich auf dem flachen Land und in den industriellen Ballungsräumen schnell verbreitende Nachricht von der Pariser Julirevolution nutzten, um die wirtschaftliche Unzufriedenheit politisch für ihre Ziele auszuschlachten. Keine Seltenheit waren Flugblätter und Plakate wie

»The Time is at hand!! Be ready, be firm and follow France«<sup>92</sup> oder »The Country is going to ruin! an evil government is the cause. Englishmen! Will you save her? If so, do so while there is yet time – Must Frenchmen always take the lead?«<sup>93</sup>

und

»Liberty and Equality! Remember! those who are not for us are against us. Look at France!«<sup>94</sup>

Die Borough- und Country-Elections, die nach dem Tode Georg IV. notwendig geworden waren und nach der Auflösung des Parlamentes am 24. Juli 1830 begannen, wurden in ihrer Anfangsphase in erster Linie durch Themen der Regierungspolitik in den Jahren 1828–1830 bestimmt. Kein Kandidat wagte offen für »the Duke's Ministry« einzutreten, zahlreiche Parteigänger der Regierung, die sich in der Korn- und

<sup>89</sup> Neben den Berichten an das Home Office vgl. RUDÉ: English Rural and Urban Disturbances (wie Anm. 87). GASH: Aristocracy and People (wie Anm. 45), S. 188 ff.

<sup>90</sup> PRO H. O. 44/21 »Sir Robert«.

<sup>91</sup> PRO 40/25 (1) To Robert Peel.

<sup>92</sup> PRO H. O. 40/28 (4).

<sup>93</sup> Ebenda. Darunter ist eine Zeichnung mit einem auf dem Schaffott abgeschlagenen Kopf.

<sup>94</sup> Ebenda.

Katholikenfrage exponiert hatten, verloren ihren Sitz gegen »nobodys«, wie Croker und Mitglieder der Peelfamilie, und mußten über »rotten boroughs« in das House of Commons zurückkehren. Im liberalen Aufwind der Pariser Julirevolution, die psychologisch nicht ohne Wirkung auf die County-Elections blieb, konnten sich vielfach Kandidaten durchsetzen, die »for reform and retrenchment, and against slavery« waren.<sup>95</sup> Die Reformpartei kam zu spektakulären Siegen. So setzte sich Henry Brougham nach einer Wahlkampfreise durch Yorkshire ohne große lokale Unterstützung durch, Lord Fordwich gewann den Kampf um Canterbury.<sup>96</sup> Die Regierung Wellington erzielte bei den General Elections nicht die erhofften Gewinne und büßte an Prestige ein.<sup>97</sup> Enttäuscht stellte Croker, der für das Trinity College Dublin bei der Wahl durchgefallen war und über das »rotten borough« Aldeburgh in das House of Commons zurückkehrte, fest:

»Not one man elected in any contested place (except I believe Bristol) on ministerial principles. Whigs and Ultra Tories and Radicals and Reformers and economists were everywhere successfull against those who stood on the government interest.«<sup>98</sup>

Bereits vor der Auflösung des Parlamentes hatte Earl Grey die Regierung Wellington als »incompetent to manage the business of the country«<sup>99</sup> bezeichnet. Trotzdem war es vor dem Zusammentritt des Parlamentes nach den Wahlen schwierig, »Sieger« und »Besiegte« und die tatsächlichen Kräfteverhältnisse auszumachen. Die Regierung, aber auch die Whigs, die sich auf eine Oppositionsrolle einstellten, versuchten im August und September 1830 ihre parlamentarische Position zu festigen. Eine Schlüsselrolle spielten dabei die sog. »Canningites« Huskisson und Palmerston. Greville berichtete in seinem Tagebuch, daß

»Brougham & Lord Grey were prepared for a violent opposition, & that they had formal junction with Huskisson, being convinced that no Gov(ernment) could now be formed without him . . . Palmerston was a party to this junction«.<sup>100</sup>

Auch Wellington versuchte nach dem Tode Huskissons, Palmerston zum Eintritt in die Regierung zu bewegen.<sup>101</sup> Die Verhandlungen scheiterten jedoch an den Forderungen Palmerstons, um den sich auch die Whigs bemühten.

Als Earl Grey in der Eröffnungssitzung des Parlamentes am 2. November 1830 im Oberhaus darauf hinwies, daß die Gefahren einer Revolution in England nur durch die Beseitigung der Ursachen für die weitverbreitete Unzufriedenheit im Lande und eine Parlamentsreform gebannt werden könnten – in den südlichen Grafschaften trieben die Agrarunruhen einem Höhepunkt zu, wie das Annual Register berichtete:

<sup>95</sup> BM Add. MSS 41102 p. 44 (31. 7. 1830).

<sup>96</sup> Vgl. CANNON: Parliamentary Reform (wie Anm. 60), S. 197 ff.

<sup>97</sup> Vgl. M. BROCK: The Great Reform Act, London 1973, S. 86 ff. A. LLEWELLYN: The Decade of Reform. The 1830s, London 1972, S. 29 ff. A. MITCHELL: The Whigs in Opposition 1815–1830, Oxford 1967, S. 230 ff. N. GASH: English Reform and the French Revolution (wie Anm. 73), S. 287 f. DERS.: Aristocracy and People (wie Anm. 45), S. 292 f.

<sup>98</sup> A. ASPINALL (Hrsg.): Three early nineteenth century diaries. London 1952, XXIII.

<sup>99</sup> Zit. nach CANNON: Parliamentary Reform (wie Anm. 60), S. 197.

<sup>100</sup> BM Add. MSS 41102 p. 78 (20. 8. 1830). Vgl. hierzu auch u. a. A. ASPINALL: The Last of the Canningites, in: English Historical Review 50 (1935). C. FLICK: The Fall of Wellington's Government, in: Journal of Modern History 37 (1963).

<sup>101</sup> ASPINALL: Canningites (wie Anm. 100). CANNON: Parliamentary Reform (wie Anm. 60), S. 199 f.

»Night after night new conflagration were lighted up by bands of incendiaries: corn-stacks, barns, farm-buildings, live-stock were consumed indiscriminately«<sup>102</sup> – und die Regierung es dem Lande schuldig sei, ein Reformgesetz im Parlament vorzulegen, reagierte Premierminister Wellington unüberlegt-impulsiv. Trotz der kritischen innen- und außenpolitischen Situation hatte sich die Regierung vor dem Beginn der Parlamentssession gegen jede Reform festgelegt. Ohne taktische Rücksichten erklärte er,

»he was not prepared to bring forward any measure of the description alluded to by the noble Lord (»reforming Parliament«) . . . and he would at once declare that, as far as he was concerned, as long as he held any station in the government of the country, he should always feel it his duty to resist such measures when proposed by others«.<sup>103</sup>

Wellington war sich offensichtlich der Tragweite seiner Äußerungen nicht bewußt. Sie bedeuteten nach den Worten Aberdeens, »we were going out«.<sup>104</sup> Bei der Abstimmung über die königliche Zivilliste am 16. November unterlag die Regierung. Das Kabinett Wellington trat zurück.<sup>105</sup> Dies bedeutete den Machtwechsel. Zu einem von Brougham für den 16. November angekündigten Antrag zur Parlamentsreform kam es nicht mehr.<sup>106</sup> Earl Grey bildete ein Reformkabinett aus Whigs und liberalen Tories.<sup>107</sup> Die fast ausschließlich aus der Aristokratie kommenden Kabinettsmitglieder waren sich bei ihrer Amtsübernahme darüber im klaren, daß die

»Question of Reform is to be now or never carried one way or other«.<sup>108</sup>

Der mit der Regierungsbildung beauftragte Earl Grey erklärte auch bereits am 17. November 1830, dem Tag des Waffenstillstandes zwischen den belgischen und holländischen Truppen,

»(that it was his) anxious wish to regulate that reform in such a manner as to restore confidence and satisfaction upon the part of the people«.<sup>109</sup>

An diesem Tag vertraute Greville seine Zweifel an der Reformwilligkeit der zu bildenden neuen Regierung seinem Tagebuch an:

»Now that this Reform has served their purpose so well, and turned out the duke (of Wellington), the opposition would be well satisfied to put it aside again, and take time to consider what they should do . . . It is hundred to one that whatever they do will not go far enough to satisfy the country.«<sup>110</sup>

Greville hatte nicht ganz unrecht mit seiner Feststellung. Die unterschiedlichen Standpunkte in der Reformfrage zwischen den radikalen Reformern, wie Brougham,

<sup>102</sup> Annual Register 1830, 149. Vgl. auch E. BERESFORD (Hg.): The Diary of Philipp von Neumann 1819 to 1850, London 1928, S. 218.

<sup>103</sup> Hansard Parliamentary Debates HoL III/I Sp. 52f.

<sup>104</sup> A. GORDON (Lord STANMORE): The Earl of Aberdeen, London 1894, S. 104.

<sup>105</sup> Vgl. BROCK: Great Reform (wie Anm. 97), S. 117ff. LONGFORD: Pillar of State, S. 282ff.

<sup>106</sup> CANNON: Parliamentary Reform (wie Anm. 60), S. 201ff.

<sup>107</sup> Zum Regierungsbeitritt Palmerstons vgl. Palmerston Papers BP/GC/GR 1933 Grey – Palmerston 16. 11. 1830.

<sup>108</sup> National Library of Scotland, Edinburgh (NSL) Ellice Papers E 4 (Brougham) Brougham – Ellice 25. 11. 1830.

<sup>109</sup> Hansard Parliamentary Debates HoL III/I Sp. 607.

<sup>110</sup> BM Add. MSS 41103.

und den gemäßigten wie dem kommenden Premierminister Grey wurden bereits bei der Regierungsbildung offenkundig. Während Brougham auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen meinte, daß das Grey-Kabinett »the weakest and most unprincipled government I ever yet knew«<sup>111</sup> sei, überlegten die gemäßigten Whigs, wie sie mit dem Problem »Brougham« fertig werden könnten, ohne den Sturz der neuen Regierung innerhalb von drei Monaten.<sup>112</sup>

Premierminister Grey war zu einer Reformlösung entschlossen

»on which we can stand, announcing our determination not to go beyond it«.<sup>113</sup>

In diesem Sinne erklärte er am 22. November 1830 vor dem Oberhaus:

»I do not support, I never have supported universal suffrage and annual parliaments, nor any other of those very extensive changes which have been, I regret to say, too much promulgated in this country, and promulgated by gentlemen from whom better things might have been expected.«<sup>114</sup>

In seiner Rede, die seine Ziele als Regierungschef umriß, betonte Grey auch seine Entschlossenheit, die Staatsausgaben zu senken, und die Steuerzahler zu entlasten und Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.

In den ersten Monaten der Regierung Grey wurden, wie Greville richtig vorhergesagt hatte, zunächst andere Prioritäten als die Reformfrage gesetzt. Das Home Office war auf einem Höhepunkt der Unruhen in den südlichen Grafschaften und wachsender Ausschreitungen in London von Peel auf Melbourne übergegangen. Die Politik des Innenministeriums änderte sich jedoch dadurch nicht. Melbourne erinnerte die Magistrate ebenso wie Peel daran,

»that they are not to look to a Military Force to make up their lack of activity«,<sup>115</sup>

forderte sie nachdrücklich auf,

»(to) take measures to secure the public tranquillity within your jurisdiction either by establishing a Police or enrolling the Inhabitants as special Constables«<sup>116</sup>

und ermahnte sie:

»It is of the highest importance, in case the Magistrates should unfortunately be compelled to employ Force, that such employment should be clearly & undeniably legal, and that any Meeting interfered with should be either illegal in its Commencement, or rendered illegal in its progress, by its own acts & conduct.«<sup>117</sup>

Alle Aktionen und Reaktionen sollten sich im Rahmen der bestehenden Gesetze bewegen, d. h. Zwang und Gewalt seien keine Mittel, um Änderungen zu erreichen, denn

<sup>111</sup> NSL Ellice Papers E 4 Brougham – Ellice 25. 11. 1830.

<sup>112</sup> Vgl. BROCK: Great Reform (wie Anm. 97), S. 117ff. GASH: Aristocracy and People (wie Anm. 45), S. 143ff.

<sup>113</sup> Henry Earl GREY (Hg.): The Correspondence of the late Earl Grey with H. M. King William IV, 2 Bde. London 1867, Bd. I, S. 65.

<sup>114</sup> Hansard Parliamentary Debates HoL III/I Sp. 606. Vgl. zu den radikalen Forderungen beispielsweise die Reden in der Rotunda im Spätjahr 1830 (PRO H. O. 40/25) sowie die Beiträge des »The Prompter«.

<sup>115</sup> PRO H. O. 41/9 Philipps – OTL Constance 13. 12. 1830.

<sup>116</sup> Ibid., Ders. – Mayor of Winchester 14. 12. 1830.

<sup>117</sup> Ibid., Melbourne – J. Fred. Foster 14. 12. 1830.

»the lowness of Wages, can never be cured by the destruction of Property, or by the Disuse of (Thrashing) Machines«. <sup>118</sup>

Bewaffnete Versammlungen und die Zerstörung fremden Eigentums seien

»most manifestly illegal & ought to be stopped & put down, & the sooner the better«. <sup>119</sup>

Durch verstärkte militärische Präsenz und Truppenbewegungen sowie entschlossenes Vorgehen gelang es, die Unruhen um die Jahreswende 1830/31 unter Kontrolle zu bekommen. <sup>120</sup>

Weit größere Schwierigkeiten bereiteten der neuen Regierung die lange versprochene Finanzreform. In Zeiten der Opposition war es leichter »Prosperity« durch »Retrenchment« und »Economy« zu fordern, als diese Ziele in der Regierungsverantwortung zu verwirklichen. Eine umfassende Finanzreform und die Verwirklichung von »strict economy in every department« erwies sich als undurchführbar: Belgien hatte sich Ende 1830 von den Vereinigten Niederlanden abgespalten. Sollte eine Neuordnung dieses Raumes durch Ausgleich der europäischen Großmachtinteressen nicht gelingen, so wurde ein militärisches Engagement Großbritanniens unvermeidlich. Neben die gespannte außenpolitische Lage 1830/31 trat eine schwierige innenpolitische Situation.

Das von Lord Althorp am 11. Februar 1831 für die Regierung im Parlament eingebrachte erste Budget erwies sich als Fiasko. Erst nach zahlreichen Änderungen wurde es vom Parlament gebilligt und schadete dem Ansehen der Regierung. <sup>121</sup>

Ende Februar 1831 rechneten Beobachter kaum noch mit einer Reforminitiative der Regierung Grey, obwohl das Kabinett noch im November 1830 eine Reformkommission unter dem Vorsitz Durhams eingesetzt hatte. Diese sollte Maßnahmen vorbereiten,

»large enough to satisfy public opinion and to afford sure ground of resistance for further innovation, yet so based on property, and on existing franchises and territorial divisions, as to run no risk of overthrowing the (existing) form of government«. <sup>122</sup>

Anfang Januar 1831 legte die Kommission ihr Ergebnis vor, von dem sie annahm, daß es

»would ›remove at once, and for ever, all rational grounds of complaint from the minds of the intelligent and independent portion of the community«

und daß Radikale die Reformagitation nicht mehr zu einem Thema machen könnten »subservient to the designs of the factious and discontented«. <sup>123</sup>

Der Kommissionsvorschlag drohte bereits im Kabinett zu scheitern. Eine Einigung kam jedoch schließlich doch noch zustande, denn die Regierung hatte sich öffentlich zu einer Reform bekannt. In zahlreichen Städten waren »Political Unions« gegründet

<sup>118</sup> Ibid., Melbourne – Wodehouse 17. 12. 1830.

<sup>119</sup> Ibid., Philipps – C. G. Mundy (Burton) Dec. 1830.

<sup>120</sup> Vgl. auch PRO H. O. 41/8 Circular Letter Melbourne's v. 8. 12. 1830 und PRO H. O. 40/25–27, 29 (3), 30 (4) H. O. 44/23–24. HOBBSAWM/RUDÉ: Captain Swing (wie Anm. 88), S. 256 ff.

<sup>121</sup> Vgl. BROCK: Great Reform (wie Anm. 97), S. 134.

<sup>122</sup> Die Kabinettsinstruktion zit. nach BROCK: Great Reform (wie Anm. 97), S. 136. Zur Arbeit der Kommission vgl. auch CANNON: Parliamentary Reform (wie Anm. 60), S. 204 ff.

<sup>123</sup> Zit. nach CANNON: Parliamentary Reform (wie Anm. 60), S. 210.

worden, um die Regierung als »half ally, half gaoler« (Cannon) öffentlich in ihren Reformzielen zu unterstützen. Eine Flut von Reformpetitionen gelangte an das Parlament. Am 1. März 1831 brachte Lord John Russell die erste »Reform Bill« im Unterhaus ein und erläuterte die Reformvorschläge, die unterschiedlich aufgenommen wurden. Die Anhänger der Reform, wie Macaulay, beschworen das Unterhaus, den Gesetzentwurf zur Reform der parlamentarischen Repräsentation nicht zurückzuweisen. Der Gesetzentwurf sei nicht revolutionär, sondern sichere den inneren Frieden, denn so meinte Macaulay,

»The danger is terrible. The time is short. If the bill should be rejected, I pray God that none of those who concur in rejecting it may ever remember their votes with unavailing regret, amidst the wreck of laws, the confusion of ranks, the spoliation of property, and the dissolution of social order«. <sup>124</sup>

In der zweiten Lesung des Entwurfes erhielt die Regierung eine Mehrheit von nur einer Stimme (302:301). Auf Drängen Greys stimmte Wilhelm IV. am 28. April einer Parlamentsauflösung und Neuwahlen zu, denn eine Ablehnung der Reform Bill drohte das Land in den Aufruhr zu treiben. Bei den General Elections wurde eine überwiegende Zahl von Reformgegnern nicht wiedergewählt. Bei den Wahlen kam es zu Ausschreitungen, obwohl das Home Office die Lokal- und Grafschaftsbehörden angewiesen hatte, alles zu tun

»as will secure the public tranquillity and the freedom of election without being reduced to the necessity, which upon legal and constitutional grounds it is so highly desirable to avoid, of resorting to the intervention of a Military Force«. <sup>125</sup>

Die innenpolitische Stimmung bei anhaltender Wirtschaftsrezession war durch Agitatoren und radikale Reformer angeheizt worden. So behauptete »Orator« Hunt in einer Rede in Manchester auf dem St. Peter's Field,

»that the present Reform Bill was a mere ›Trick of the Whigs‹ – that its object was to please the people, but at the same time, to oppress them more by bringing about an union of the Middle and Upper Claſſes for the apprehension of the Lower, that the people have the power to protecting themselves, and that the time has now arrived for their doing it«. <sup>126</sup>

und die »Voice of the People« kommentierte:

»France has hurled despotism to the dust . . . Belgium is free; and Poland – long oppressed and plundered Poland – has asserted her independence. Even Ireland is emancipated. And shall England sit still under the blighting domination of her boroughmongers? . . . The intelligence and the spirit of the age forbid it . . . ›The unwashed mechanics‹ of Preston have struck the first blow at . . . usurped power and unconstitutional influence in choosing as their representative the consistent and intrepid advocat of popular rights in the room of a scion of nobility«. <sup>127</sup>

Aber auch Reformgegner, wie Lord Ellenborough, benutzten das Beispiel der Julirevolution zur Stützung ihrer eigenen Argumentation. So schrieb dieser am 22. März 1831 in sein Tagebuch:

<sup>124</sup> Th. B. MACAULY: Speeches. Bd. 1, London 1853, 26 (Rede im HoC am 2. 3. 1831).

<sup>125</sup> PRO H. O. 41/10 Melbourne – Duke of Northumberland 26. 4. 1831.

<sup>126</sup> PRO H. O. 40/29 (1) Bouverie – Phillipps 10. 4. 1831. Vgl. auch MANCHESTER GUARDIAN v. 9. 4. 1831 mit dem Bericht über die Rede vom 7. 4. 1831.

<sup>127</sup> »The Voice of the People« zit. nach BROCK: Great Reform (wie Anm. 97), S. 149.

»There has been no single violation of property in France, nor has it been threatened with force. There has been no invasion of personal liberty. Yet through mere agitation the most opulent bankers and merchants of France are become bankrupts. The operatives are unemployed and the taxes have fallen off at the rate of 4 millions a year. If such have been the consequences of agitation in France what would they be here, in a country the state of which is so delicate and artificial, where confidence is as necessary to the working of the whole system as water to the working of the steam engine.«<sup>128</sup>

Die französische Julirevolution war, wie diese Beispiele zeigen, zum ideologischen Kampfmittel in der britischen Innenpolitik geworden. Auf den parlamentarischen Kampf im neugewählten Unterhaus hatte sie nur in diesem Zusammenhang Bedeutung. Nach eingehenden Beratungen im Parlament und in den Ausschüssen billigte das Unterhaus mit großer Mehrheit (345:236) die Reform Bill. Als diese am 8. Oktober vom Oberhaus zurückgewiesen wurde, kam es noch am selben Abend in Derby zu Ausschreitungen. Zu Tumulten und Aufruhr kam es auch im Anschluß an eine Veranstaltung der Reformer in Nottingham. Nottingham Castle wurde niedergebrannt. Überall im Lande flackerten Unruhen auf, das Volk wurde aufgefordert, sich zu erheben: »Reform! or Revolution!!«.<sup>129</sup> Den Behörden gelang es vielfach nicht, wie beispielsweise in Bristol, die Ausschreitungen unter Kontrolle zu bekommen.<sup>130</sup> Dort kam es am 29. Oktober zur »last great urban riot« in der englischen Geschichte. Sie konnte erst am 31. Oktober durch Truppen niedergeschlagen werden.

In den folgenden Wochen und Monaten wuchs bei Oberschicht und Mittelklasse die Furcht vor einem bewaffneten Umsturz, der in Flugblättern immer wieder angedroht wurde, sollte die Reform scheitern. Besorgte Bürger berichteten immer wieder an das Home Office, daß in ihrer Nachbarschaft die »lower orders« »nocturnal training and exercise« bekämen und Waffenlager für einen landesweiten Aufstand angelegt würden.<sup>131</sup>

Die Regierung befürchtete in der angeheizten Stimmung Ende 1831, daß sich die »Middling sort of people« nun gegen die Reform wenden würden und machte ihren Einfluß geltend, um mäßigend auf die »Political Unions« einzuwirken, ihre paramilitärische Organisation zu verhindern und auch die »National Unions« zur Respektierung des »private property« zu bringen. Aufrufe, wie der der Chard Union, waren im Sinne der Regierung: »We want no Revolution but the just Restoration of our rights. Revolution is the last desperate act of an oppressed nation – of an insulted people. Restoration will prevent Revolution in England.«<sup>132</sup>

Im Dezember 1831 – die Regierung Grey war wegen der angespannten außenpolitischen Situation wegen Belgien und den unkalkulierbaren Konsequenzen eines Rücktritts für die Innenpolitik im Amt geblieben – legte das Kabinett dem Unterhaus eine geringfügig veränderte dritte Reform Bill vor. Nach intensiven Beratungen votierte das Unterhaus am 19. März 1832 mit einer Zweidrittelmehrheit für eine Annahme der »Reform Bill«. Das Gesetz scheiterte im Oberhaus erneut, wenn auch knapp. Die

<sup>128</sup> PRO 30/12/28/2 v. 22. 3. 1831.

<sup>129</sup> PRO H. O. 40/29 (2). Vgl. auch PRO H. O. 52/12 (Derby) 52/15 (Notts.) 52/13 (Kent) 52/14 (Warwick, Somerset) 52/12 (Dorset) T. S. 11/1116.

<sup>130</sup> PRO H. O. 40/28 H. O. 52/12 (Gloucestershire) T. S. 11/405 und H. O. 41/10.

<sup>131</sup> Vgl. PRO H. O. 41/10.

<sup>132</sup> Zit. nach RUDÉ: English Rural and Urban Disturbances (wie Anm. 87), S. 98.

Regierung Grey trat zurück, als Wilhelm IV. einen »Peersschub« zur Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Oberhaus ablehnte. Überall im Lande kam es zu Sympathiekundgebungen für die zurückgetretene Regierung. Das Land schien am Vorabend einer Revolution zu stehen. Radikale Reformer wie Place initiierten mit dem Aufruf »To stop the Duke Go for Gold!«<sup>133</sup> einen Bankensturm. Dem Duke of Wellington gelang es nicht, eine Regierung zu bilden. Das Ministerium Grey kehrte gestärkt zurück. Im Juni 1832 passierte die »Reform Bill« das Oberhaus. Mit der »Reform Act« vom 7. Juni 1832 war ein vor allem psychologisch wichtiger Schritt vollzogen worden. In den folgenden Jahren verabschiedete das Parlament weitere Gesetze, die zur innenpolitischen Stabilisierung beitragen sollten und bereits während der Napoleonischen Kriege eingeleitete Entwicklungen abschlossen. Mit dem Ende der »Reform Crisis« im Sommer 1832 wurde – wie die Aktivitäten Außenminister Palmerstons verdeutlichten<sup>134</sup> – der außenpolitische Handlungsspielraum Großbritanniens wieder vergrößert. Er war in den internationalen Krisen 1830/31 stark beschnitten, trotz des Willens zur Aktion sollten »vital British interests« berührt werden. Ausländische Beobachter hatten jedoch den Eindruck, daß in europäischen Konflikten

»England bestimmt so lange es kann, neutral bleiben wird und nach der Stimmung im Innern neutral bleiben muß.«<sup>135</sup>

Die kritische innenpolitische Situation Großbritanniens hatte zwischen 1830 und 1832 Frankreich immer wieder für seine Belgieninteressen genutzt. So schrieb der dänische Gesandte in St. Petersburg am 23. Januar 1831 in einem Geheimerbericht an seine Regierung:

»Ce qui en a évidemment inspiré le courage au gouvernement François, est d'un coté l'embarras, dans lequel il croit engagée la Russie<sup>136</sup> et de l'autre la foiblesse et la pusillanimité du ministère Anglois, qui ne craint rien autant que d'être entraînée dans une guerre . . . L'Angleterre à cause des ses embarras interieurs et de l'état de se finances, se refusera sans doute jusqu'à la dernière extremite à y prendre une part active.«<sup>137</sup>

Aktiv war die britische Regierung im August 1830 geworden, zu einem Zeitpunkt, als das neue Regime in Frankreich sich in einer kritischen Übergangsphase befunden hatte. Entscheidend war es dabei gewesen, daß sowohl Aberdeen als auch Wellington gute persönliche Kontakte nach Frankreich hatten und eine schnelle britische Anerkennung des Julikönigtums die Chance bot, auf die französische Politik friedenssichernd einzuwirken und die bilateralen Beziehungen, die in den letzten Jahren der Regierung Karl X. auf einem Tiefstpunkt angelangt waren, auf eine neue, vertrauensvolle Basis zu stellen. Eine schnelle Anerkennung Louis Philippes konnte darüber

<sup>133</sup> Zit. nach BROCK: Great Reform (wie Anm. 97), S. 298.

<sup>134</sup> Vgl. u. a. GRUNER: Europäischer Friede (wie Anm. 10), S. 115 ff. DERS.: Die Belgisch-Luxemburgische Frage im Spannungsfeld europäischer Politik 1830–1839. Überlegungen zu den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ideologischen Bestimmungsfaktoren der Interessen des Deutschen Bundes, Großbritanniens und Frankreichs, in: FRANZIA 5 (1977), S. 364 ff.

<sup>135</sup> Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover (NHStA) Dep. 110/A 149 Münster – Bremer, Brighton 14. 1. 1831.

<sup>136</sup> Bezug genommen wird hier auf den Aufstand in Polen.

<sup>137</sup> Rigsarkivet, Avedeling I, Kopenhagen (RA KopI) Department for udenrigsk Angelegenheiten (D. f. u. A.) Rusland III Hemmelige Rapporter Nr. 10 v. 23. 1. 1831.

hinaus innenpolitisch für Großbritannien von Vorteil sein, würde sie doch den gemäßigten Kräften im Lande die Furcht vor der Trikolore nehmen und den Einfluß der Radikalen in der schwierigen wirtschaftlichen Situation des Landes dämpfen. Die schnelle Anerkennung der neuen französischen Regierung verringerte die Wirkung der Julirevolution auf die britische Innenpolitik, relativierte die Bedeutung von Gedenkfeiern für die Pariser Revolution, wie sie von radikalen Reformern beispielsweise am 24. August 1830 in Gateshead und am 27. September in Kennington abgehalten wurden.<sup>138</sup>

Die schnelle Anerkennung des Julikönigtums erwies sich außenpolitisch vor allem im Spätjahr 1830 als weitsichtige Entscheidung, war doch Großbritannien durch die innenpolitische Krise und den Sturz der Administration Wellington auf internationalem Parkett nur bedingt handlungsfähig, mit möglichen negativen Konsequenzen für die Sicherheit des Landes.

Der revolutionäre Funke war im August 1830 von Frankreich auf Belgien übersprungen, wo es am 25. August zu einem Aufstand in Brüssel kam, der sich schnell auf die niederländischen Südprowinzen ausbreitete.<sup>139</sup> Die revolutionäre Welle pflanzte sich von West nach Ost und Süd fort. Zunächst erfaßte sie die kleineren, nichtkonstitutionellen Staaten des Deutschen Bundes aber auch Hannover, Sachsen und Teile der preußischen Rheinprovinzen. In den süddeutschen Verfassungsstaaten stärkte die Julirevolution die Position der Liberalen in den Landtagen.<sup>140</sup> In Polen kam es im November 1830 zum Aufstand,<sup>141</sup> in den italienischen Staaten im Februar 1831.<sup>142</sup> Die europäische Krisensituation hatte sich seit September 1830 ständig verschärft, ein Waffengang schien nur noch eine Frage der Zeit, sofern es dem neuen französischen König nicht gelang, sich gegen die republikanische Agitation zu behaupten. Die republikanischen Gruppen waren vom zivilisatorischen Sendungsbewußtsein Frankreichs beseelt. Im Krieg sahen sie die Fortsetzung der Revolution. Frankreich könnte auch so seine natürlichen Grenzen zurückgewinnen. Die Revolutionäre in Polen und Italien, teilweise auch in Belgien, hofften, ihre Ziele mit französischer Unterstützung durchsetzen zu können. Gerade aber Entwicklungen in den südlichen Niederlanden

<sup>138</sup> PRO H. O. 44/21 Treffen Hunts v. 27. 9. (Kennington) Handbill »The Friends of Liberty«.

<sup>139</sup> Vgl. hierzu die Literaturhinweise bei GRUNER: Belgisch-Luxemburgische Frage (wie Anm. 134). Im größeren nationalen und internationalen Zusammenhang vgl. auch E. H. KOSSMANN: *The Low Countries 1780–1940*. Oxford 1978, 151 ff. R. POIDEVIN (Hg.): *Les relations franco-belges de 1830 à 1934*, Metz 1974; R. POIDEVIN/G. TRAUSSCH (Hg.): *Les relations franco-luxembourgeoises de Louis XIV à Robert Schuman*, Metz 1978. R. POIDEVIN/H. O. SIEBURG (Hg.): *Aspects des relations franco-allemandes 1830–1848*, Metz 1978. H. LADEMACHER: *Die belgische Neutralität als Problem der europäischen Politik 1830–1914*, Bonn 1971. J. E. HELMREICH: *Belgium and Europe. A Study in small power diplomacy*, Den Haag 1976.

<sup>140</sup> Vgl. E. WEIS: *Der Durchbruch des Bürgertums 1776–1847*, Berlin, 1978, S. 390 ff. (= *Propyläen Geschichte Europas* Bd. 4). GRUNER: *Europäischer Friede* (wie Anm. 10), S. 115 ff. (Literatur). G. S. WERNER: *Bavaria in the German Confederation 1820–1848*, Rutherford 1977, S. 87 ff. sowie die Tagungsbeiträge von Robert D. BILLINGER und Peter BURG (wie Anm. 1). Vgl. auch R. D. BILLINGER, *Metternich's Policy towards the South-German States 1830–1834*. Ph. D. Univ. North Carolina. Chapel Hill 1973 (Univ. Microfilm 73–26, 155), S. 53 ff.

<sup>141</sup> Vgl. hierzu den Beitrag von Wladyslaw ZAJEWSKI. Zur Wirkung die Beiträge von M. G. MÜLLER und H. H. HAHN (wie Anm. 1). Zu Polen vgl. auch St. KIENIEWICZ, 1830, *Révolutions et Réformes* (wie Anm. 2).

<sup>142</sup> Vgl. den Tagungsbeitrag von Marion S. Miller (wie Anm. 1), sowie A. J. REINERMAN, *Metternich, the Powers and the 1831 Italian Crisis*, in: *Central European History* 10 (1977), S. 206–219.

(Belgien) konnte Großbritannien aus vitalen Sicherheitsinteressen nicht tatenlos zusehen. Diese Region durfte weder unter französischen noch unter preußischen Einfluß geraten.

Die unkluge und starre Haltung Wilhelm I. gegenüber den Wünschen seiner Untertanen in den südlichen Provinzen hatte dazu geführt, daß Ende September 1830 der niederländische König die Einheit seines 1814/15 aus sicherheitspolitischen Überlegungen geschaffenen Königreichs der Vereinigten Niederlande aus eigener Kraft nicht wiederherstellen konnte.<sup>143</sup> Er wandte sich daher am 28. September 1830 an die europäischen Großmächte, da seiner Auffassung nach der Bündnisfall eingetreten war.<sup>144</sup> Auch der britische Botschafter in Den Haag wandte sich in diesem Sinne in einem Privatbrief an Außenminister Aberdeen und verwies dabei auf die Schwierigkeiten, die dieses Ansinnen für die britische und europäische Politik bringen würde. Neben den generellen Gefahren, die ausländische Interventionen mit sich brächten, sei der innenpolitisch-finanzielle Faktor zu berücksichtigen und vor allem die Einschätzung der französischen Reaktion:

»It is for you . . . to determine whether, if we have the intention, we have also the means of prompt und sufficient assistance. – You too must decide whether France can be made to stand aloof while we fulfil the obligations (if obligations they prove to be) of our treaties, or whether they are to be fulfilled at the peril of war with her.«<sup>145</sup>

Wegen rückläufiger Staatseinnahmen, Unruhen in zahlreichen ländlichen und industriellen Regionen, lauter werdenden Forderungen nach »economy«, »retrenchment« und »reform« und aufgrund der Unsicherheit über die tatsächliche Stärke der Regierung Wellington, war dem britischen Kabinett an einer schnellen und friedlichen Lösung der als Ergebnis der Julirevolution entstandenen internationalen Krise gelegen. Sie war erforderlich, um sich den brennenden innenpolitischen Problemen widmen zu können und die Absatzchancen für den Außenhandel zu verbessern, zur Ankurbelung der Volkswirtschaft. Gerade aber die Niederlande waren für die britischen Macht-, Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen von großer Bedeutung. Großbritannien konnte und wollte sich der Verantwortung für diesen Raum nicht entziehen. Es war traditionell an stabilen Verhältnissen in den Niederlanden interessiert, an dessen Neugestaltung es 1814/15 entscheidend mitgewirkt hatte. Unabhängig von den innenpolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Großbritanniens war die britische Regierung zur Wahrung ihrer vitalen nationalen Interessen<sup>146</sup> einzugreifen gezwungen, sollte die Krise mit friedlichen Mitteln nicht zu lösen sein.

Der britischen Regierung war in den nationalen und internationalen Situationen des Spätsommers 1830 daran gelegen, einen bewaffneten Konflikt von internationalen Dimensionen im nahezu jeden Preis zu verhindern. Zwischen Tories und Whigs bestand in dieser Grundeinschätzung kaum eine Differenz. Der Machtwechsel hatte im November 1830 keine Auswirkungen auf die Außenpolitik. Zudem war zu diesem

<sup>143</sup> Vgl. hierzu GRUNER: Belgisch-Luxemburgische Frage (wie Anm. 134), S. 343 ff.

<sup>144</sup> Vgl. Verstolck-Falck (London) 28. 9. 1830, in: H. T. COLENBRANDER (Hg.): Gedenkstukken der Algemeene Geschiedenis van Nederland van 1795 tot 1840, Den Haag 1905 ff. Bd. X/4 Nr. 165, 184 f. PRO F. O. 244/25 Falck – Aberdeen v. 5. 10. 1830 (Kopie).

<sup>145</sup> BM Add. MSS 43087 priv. Bagot – Aberdeen, Den Haag, 28. 9. 1830.

<sup>146</sup> Zu den vielfältigen strategischen, politischen und ökonomischen Interessen (Transitroute für den Handel mit Mitteleuropa und Italien) GRUNER: Belgisch-Luxemburgische Frage (wie Anm. 134), S. 347 f.

Zeitpunkt durch Zusammenarbeit zwischen Aberdeen und Talleyrand bereits ein internationales Krisenmanagement für Belgien in der Form der Londoner Konferenz eingeleitet worden.

Wegen der besseren Informationen über die Stimmung in Belgien hatte die französische Politik frühzeitig erkannt, daß eine Teilung des Königreichs der Niederlande unvermeidlich sein würde. Die Revolution in den südlichen Niederlanden bot die Chance, das 1814/15 geschaffene ›Bewachungssystem‹ gegen Frankreich zu schwächen und den eigenen Einfluß in Belgien zu stärken. Mit dem von Molé verkündeten Prinzip der Nichtintervention hoffte man auch, ein Eingreifen Preußens und Großbritanniens in den südlichen Niederlanden (Belgien) zu verhindern und dem holländischen König Zeit für eine Trennung der südlichen von den nördlichen Landesteilen zu geben. Nach der britischen Anerkennung des neuen französischen Regimes im August 1830 versuchten Louis Philippe und Molé, Großbritannien für eine gemeinsame Aktion in den Niederlanden zu gewinnen. Beide Regierungen sollten auf den König der Niederlande im Sinne rascher Konzessionen für seine belgischen Untertanen einwirken.<sup>147</sup> Aberdeen und Wellington begrüßten den Wunsch der französischen Regierung, den status quo in den Niederlanden anzuerkennen, lehnten aber ein gemeinsames Vorgehen aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Sie sahen die Aufgabe Großbritanniens zunächst einmal darin, die Union von Belgien und Holland unter bestimmten Bedingungen, die Wilhelm I. zu erfüllen habe, zu sichern. Wellington schlug dem niederländischen König daher vor, die gegenwärtige Krise auf verfassungsmäßigem Wege zu lösen und empfahl ihm als Strategie

»agir suaviter in modo, fortiter in re, vis-à-vis de ceux qui, sous prétexte de vouloir maintenir l'ordre, ont résisté les fonctions et l'autorité du gouvernement. Bon gré, mal gré, il faut que ce régime cesse aussitôt que possible. Le fait est qu'on tâtonne vers une révolution. On veut voir si la France s'y embarquera. Heureusement le coup est prématuré. On n'est préparé en France: on ne veut pas y toucher.«<sup>148</sup>

Die Verantwortlichen für die britische Außenpolitik sahen die Krise in den Niederlanden vor allem unter sicherheitspolitischen, legitimistischen und konstitutionellen Aspekten:

1. Die Union von 1814/15 mußte als wichtiger Bestandteil der europäischen Neuordnung nach den Napoleonischen Kriegen aus Gründen der britischen Sicherheitsinteressen und der Bewahrung eines multipolaren internationalen Systems erhalten bleiben.

2. Die Aufständischen maßten sich Kompetenzen an, die ihnen gesetzlich nicht zustanden. Ihre Klagen und Wünsche konnten allein auf konstitutionellem Wege geregelt werden. In diese Überlegungen spielten wohl sehr stark Erkenntnisse aus den innenpolitischen Auseinandersetzungen in Großbritannien hinein. In britischer Sicht bedeuteten Konzessionen Wilhelm I. an die Aufständischen die Teilung des Königreiches, die es aber unbedingt zu verhindern galt.

3. Die Aufgliederung des Königreiches in einen nördlichen und einen südlichen Teil unter dem Haus Oranien war nicht allein ein inneres Problem der Niederlande, sondern eine europäische Frage, denn wie konnte Wilhelm I. bei getrennter Finanz-

<sup>147</sup> Vgl. PRO F. O. 37/169–170, BM Add. MSS 43087 und WND VII, 214ff.

<sup>148</sup> Wellington – Falck 2. 9. 1830 (WND VII, 234).

und Militärverwaltung seine vertraglichen Verpflichtungen zum Schutz der Grenze gegen Frankreich erfüllen? Dies war eine europäische Friedens- und Sicherheitsfrage.

4. London befürchtete, daß das Zugeständnis einer administrativen Trennung der südlichen und nördlichen Provinzen »(would be) equivalent to a junction with France«<sup>149</sup> und darüber hinaus die Möglichkeit böte, »to effect the alteration of the Union by illegal means«.<sup>150</sup> Aberdeen äußerte Ende September 1830 die Überzeugung, daß

»no party in this country would agree to the separation of the Belgian provinces from Holland, and still less would tolerate their union with France. Here, then, with all our desire of peace, is a cause of war not very distant.«<sup>151</sup>

London war an stabilen Verhältnissen in den Niederlanden interessiert. Es bemühte sich zunächst, die Auseinandersetzungen zwischen dem niederländischen Souverän und seinen belgischen Untertanen friedlich und im Rahmen der bestehenden Verfassungsordnung von 1815 zu regeln. Das britische Kabinett war der Auffassung, daß wegen der Schlüsselrolle der Niederlande für eine stabile internationale Ordnung die verfassungspolitische Souveränität des niederländischen Monarchen und der Generalstaaten eingeschränkt war, d. h. die Großmächte mußten das Recht haben, Verfassungsänderungen zu prüfen.<sup>152</sup> Tenor der britischen Überlegungen war die Furcht, territoriale und politische Veränderungen in dieser für die britischen Sicherheits- und Handelsinteressen so zentralen Region könnten dazu führen, daß Frankreich in diesem Raum seinen alten dominierenden Einfluß zurückgewinnen und es ihm gelingen könnte, den europäischen Sicherheitsring gegen Frankreich an seiner entscheidenden Stelle zu schwächen bzw. zu durchbrechen. In britischen Augen machte es gerade dieser Aspekt erforderlich, das neue Frankreich an eventuellen Entscheidungen der Großmächte zu beteiligen, die Anerkennung Louis Philippes durch die anderen europäischen Großmächte zu erreichen und sich nach der so frühzeitigen Option für das Julikönigtum die Voraussetzungen für eine »special relationship« und französisches Wohlverhalten zu sichern.<sup>153</sup>

Es finden sich bereits hier die ersten Ansätze für die britische Strategie, in der Frankreichpolitik die Bereitschaft zu Kooperation, Konzessionen und Wohlverhalten zu signalisieren, um so auf die französische Politik friedensichernd einzuwirken und sie im Sinne britischer Interessen zu beeinflussen. Im Interesse beider Länder kam es daher zu einer Annäherung, die durch die Ernennung Talleyrands zum französischen Botschafter in London begünstigt wurde.<sup>154</sup> Wie notwendig diese Annäherung zwischen Großbritannien und dem Julikönigtum war, wurde im Laufe des September 1830 immer deutlicher, als tagtäglich Meldungen über Aufstände und Unruhen auf dem Kontinent eintrafen und sich auf der Iberischen Halbinsel ein neuer Konflikt wegen Portugal aufbaute. Eine französische Intervention, zu der die Regierung unter

<sup>149</sup> Aberdeen – Wellington 9. 9. 1830 (WND VII, 252f.).

<sup>150</sup> Ibid., Wellington – Aberdeen 10. 9. 1830 (253).

<sup>151</sup> Aberdeen – Robert Gordon zit. nach IREMONGER: Aberdeen, 119f.

<sup>152</sup> Vgl. WND VII, 254f. (Memorandum Wellingtons).

<sup>153</sup> Vgl. Anm. 149.

<sup>154</sup> Vgl. die Bemerkungen Talleyrands in seinem Brief v. 27. 11. 1830 an Sébastiani G. PALLAIN (Hg.): *Ambassade de Talleyrand à Londres 1830–1834*, Paris 1891, S. 98f. sowie WND VII, 296.

innenpolitischem Druck eventuell gezwungen werden könnte, wollte Großbritannien unter allen Umständen verhindern.<sup>155</sup>

Die britisch-französische Zusammenarbeit trug noch vor dem Hilfeersuchen des holländischen Königs Früchte. Am 3. Oktober 1830 akzeptierte Großbritannien einen Vorschlag des französischen Außenministers, angesichts der sich verschärfenden Kriegsgefahr, Verhandlungen »entre toutes les parties intéressées« einzuleiten,<sup>156</sup> war doch die Wiederherstellung des status quo ante in den Niederlanden bereits mehr als zweifelhaft. Die Ereignisse im Oktober 1830 überstürzten sich nach der belgischen Unabhängigkeitserklärung. Zar Nikolaus war entschlossen, mit militärischen Mitteln »la nouvelle hydra revolutionnaire, qui menace d'enbranler jusque dans ses fondemens le système social de l'Europe«<sup>157</sup>

zu bekämpfen, fand jedoch bei den anderen Großmächten keine Unterstützung. Als schließlich aufgrund intensiver Bemühungen Großbritanniens und Frankreichs am 4. November 1830, zwei Tage nach der Absage Wellingtons an eine Parlamentsreform im Oberhaus, die Londoner Belgienkonferenz zu ihrer ersten Sitzung zusammentrat, war Rußland noch immer zu militärischen Maßnahmen entschlossen. Sein Vertreter nahm aber an der Konferenz teil und begründete dies gegenüber St. Petersburg damit, daß Rußland allein ohne Großbritannien, Österreich und Preußen nicht intervenieren könne, zumal »La Hollande ne veut plus de son ancienne union avec la Belgique«. Für Rußland könne es nur noch darum gehen – und das wird charakteristisch für die russische Politik bis 1839 –

»de préserver la Belgique de la France et la Hollande de la Belgique«.<sup>158</sup>

In der ersten Sitzung der Londoner Konferenz hatten die fünf Großmächte die kämpfenden Parteien zu einem Waffenstillstand aufgefordert, der schließlich am 17. November, einen Tag nach dem Sturz der Regierung Wellington zustande kam. Neue Probleme entstanden, als der belgische Nationalkongreß wenige Tage später das Haus Oranien von der Thronfolge ausschloß. Großbritannien mußte nun seine Politik für diesen Raum neu überdenken, denn es war klar geworden, daß

»a Reunion of Belgium with Holland has by the Force of Events become impossible, and that the Independence of Belgium must be combined with the Maintenance of the Balance of Power in Europe«.<sup>159</sup>

Im Sinne der britischen Frankreichpolitik war es daher, zumal der neue Außenminister Palmerston die Julirevolution begrüßt hatte und als einer der ersten britischen Politiker von der Notwendigkeit einer »entente cordiale« zwischen beiden Nationen sprach, das Frankreich Louis Philippes führend an der Lösung der belgisch-luxem-

<sup>155</sup> Vgl. zu Portugal PRO F. O. 63/366–367, WND VII, 260, 265 ff. Zu den britischen Intentionen, die innenpolitische Stellung der französischen Regierung zu stabilisieren vgl. WND VII, 260.

<sup>156</sup> Vgl. PRO F. O. 244/25 und WND VII, 285 f. (Molé – Wellington, 3. 10. 1830) PALLAIN: Ambassade Talleyrand, 9 ff. Gedenkstukken X/2, 35 ff.

<sup>157</sup> RA Kop I D. f. u. A. Rusland III Hemmelige Rapportier o. D. (Oktober 1830). Vgl. auch J. A. BETLEY: Belgium and Poland in International Relations 1830–1831. Den Haag, 1960, 42 ff. Gedenkstukken X/3 russ. Berichte.

<sup>158</sup> Vgl. die Korrespondenz Gedenkstukken X/3, 394 ff., 412 ff., 422 f.

<sup>159</sup> Palmerston Papers BP/RC/A 5 William IV. – Palmerston 21. 12. 1830. Billigung der Instruktion Palmerstons für Posonby.

burgischen Frage zu beteiligen, es damit mitverantwortlich für eine die europäischen Großmachtinteressen berücksichtigende Lösung zu machen und durch Kooperation auf die französische Politik einwirken zu können. Ergebnis dieser Strategie war es, einen britischen und französischen Vertreter als Organ der Londoner Konferenz bei der provisorischen belgischen Regierung zu benennen. Ziel dieser Mission sollte es sein, wie aus der Instruktion für den britischen Vertreter Posenby hervorgeht,

»to effect an arrangement which may restore Peace to those Countries and security to Europe«. <sup>160</sup>

Wunsch Großbritanniens sei es,

»to see the independence of Belgium established upon a solid & durable Basis, and to open to the Belgic people every source of Prosperity which it may be practicable to give them access.« <sup>160</sup>

Schwierigkeiten für die britisch-französische Zusammenarbeit in Belgien ergaben sich, als Louis Philippe aus innenpolitischen Rücksichten den ehemaligen napoleonischen General Sébastiani zum Außenminister ernannte. Dieser gab der französischen Außenpolitik wieder verstärkt ihre traditionellen nationalen Akzente, die partikulare Ziele über das europäische Gesamtinteresse stellten. Frankreich forderte Kompensationen in Belgien (Grenzfestungen) und Luxemburg und unterstrich seine Forderungen durch verstärkte Rüstungsanstrengungen. Dabei hoffte es in falscher Einschätzung der Bedeutung der Niederlande für die britische Sicherheit, daß Großbritannien wegen der Agrarunruhen, der Reformagitation, des Sturzes der Regierung Wellington und der Unerfahrenheit der Reformregierung Grey in außenpolitischen Fragen, französische Aktionen hinnehmen werde, die eine Verschiebung der europäischen Machtverhältnisse bedeuten würden.

Angesichts der wachsenden Bereitschaft der europäischen Großmächte, mit Ausnahme Großbritanniens, den europäischen Krieg wegen der Niederlande zwar nicht zu wollen, ihm aber auch nicht auszuweichen, drängte Großbritannien die provisorische belgische Regierung, noch vor der Aufhebung der Blockade der Schelde durch die Holländer, den Waffenstillstand zu akzeptieren. Mit der Unterzeichnung des Londoner Protokolls durch die Großmächte am 20. Dezember 1830 erreichte Großbritannien die Anerkennung der belgischen Unabhängigkeit. <sup>161</sup>

Nach dem Ausschluß der Oranier vom belgischen Thron sah Frankreich eine Chance, die Neuordnung dieses Raumes im Sinne seiner nationalen Interessen zu erzwingen. Die britischen Warnungen, daß es den »casus belli« bedeute, wenn Frankreich

1. belgischen Wünschen nach Vereinigung mit Frankreich nachkomme oder
2. ein französischer Prinz oder ein Nachkomme Napoleons König der Belgier würde <sup>162</sup>

nahm man wegen der innenpolitischen Schwierigkeiten Großbritanniens nicht sehr ernst. Ein bewaffneter Konflikt schien unabwendbar, als am 3. Februar 1831 – in Großbritannien hatte gerade Wilhelm IV. seinen »complete & cordial assent« zum

<sup>160</sup> PRO F. O. 10/2 Palmerston – Posenby, Nr. 1 v. 1. 12. 1830 (Konzept). Die Instruktion für Bresson AAE C. P. Belgique 187.

<sup>161</sup> Vgl. PRO F. O. 10/19, Palmerston Papers BP/RC/A 5 und BM Add. MSS 48444.

<sup>162</sup> Vgl. u. a. PRO F. O. 10/2 und Palmerston Papers BP/GC/PO 616–626.

Reformplan der Regierung Grey gegeben<sup>163</sup> – der belgische Nationalkongreß den Sohn Louis Philippes, den Herzog von Nemours, zum König wählte.

Der britische Diplomat Posonby hatte in diesem Zusammenhang auf die Anfrage seines französischen Kollegen Bresson,

»L'élection par le Congrès du duc de Nemours doit-elle occasionner la guerre?«<sup>164</sup>

geantwortet

»si, l'élection du duc de Nemours était acceptée par le roi de Français, la guerre aura lieu nécessairement«<sup>164</sup>

Auch Premierminister Grey und Außenminister Palmerston hatten gegenüber Talleyrand keinen Zweifel daran gelassen, daß trotz innenpolitischer Probleme Großbritannien zur Wahrung seiner Interessen und der Sicherung des europäischen Friedens zum Eingreifen gezwungen würde. Palmerston instruierte den britischen Botschafter dann im März 1831, daß wegen angespannter Finanzlage, Finanzreformdebatten und parlamentarischer Auseinandersetzungen um die »Reform Bill« Großbritannien

»(was) reluctant even to think of war, but this is a legitimate occasion, and we find that we could not submit to the placing of the Duc de Nemours on the throne of Belgium without danger to the safety and a sacrifice to the honour of the country«.<sup>165</sup>

Die feste britische Haltung ließ Frankreich zunächst einmal zurückstecken, denn ein neutrales Belgien war allemal besser als ein »nördliches Gibraltar«. Die neue französische Regierung unter Casimir Périer war auch wieder zu einer britisch-französischen Kooperation bereit. Hinzu kam die Erkenntnis, daß es den Interessen Frankreichs dienlicher wäre, Leopold von Sachsen-Coburg als belgischen König zu akzeptieren. Die Ausrufung einer Republik in Belgien würde das Land zum Zentrum der »action of all the revolutionists of Europe« machen und nicht nur den europäischen Frieden in Frage stellen, sondern auch »disturb the tranquillity of France«.<sup>166</sup>

Charakteristisch für die Politik der Julimonarchie 1831/32 sollte es werden, daß sie die Zusammenarbeit mit Großbritannien suchte, aber in vermeintlichen »Schwächeperioden« Großbritanniens aufgrund innenpolitischer Krisen immer wieder versuchte, den eigenen Vorteil zu suchen, wie nach der Invasion Belgiens im Sommer 1831. Sie brachte die britische Regierung dadurch in Schwierigkeiten, bot sich doch für die Opposition die Möglichkeit, die Außenpolitik Palmerstons im Parlament heftig zu kritisieren und so von ihrem destruktiven Verhalten in der Reformfrage abzulenken.<sup>167</sup>

Eine permanente Besetzung Belgiens durch französische Truppen war auch für die britische Regierung, nicht allein für die Opposition untragbar und der »casus belli«, auch wenn die innenpolitischen Auseinandersetzungen um die Parlamentsreform die Erhaltung des internationalen Friedens zu einer Grundbedingung machten. Palmerston befürchtete, daß Frankreich mit dem Faustpfand der Besetzung die weitere

<sup>163</sup> Palmerston Papers BP/GC/GR 1964 Grey – Palmerston 31. 1. 1831.

<sup>164</sup> Vgl. die entsprechende Korrespondenz in AAE C. P. Angleterre 631<sup>1</sup>, 632. Frage und Antwort zit. nach Gedenkstätten X/2, 167.

<sup>165</sup> PRO 30/29/404 Palmerston – Granville 25. 3. 1831.

<sup>166</sup> PRO F. O. 27/424 Palmerston – Granville 17. 5. 1831.

<sup>167</sup> Vgl. A. KRIEGL (Hg.): The Holland House Diaries 1831–1840, London 1977, S. 27ff. WND VII, 474ff. HANSARD P. D. HoC III/V Sp. 968ff. (9. 8. 1831).

Arbeit der Konferenz in London blockieren könnte. Unter britischem Druck erklärte sich Frankreich jedoch zu einem Teilabzug bereit,<sup>168</sup> forderte aber die Schleifung der belgischen Festungen an der französischen Grenze, würden diese doch die innenpolitische Stellung der französischen Regierung erschüttern. Zugeständnisse in der Außenpolitik durch die europäischen Mächte würden der französischen Regierung helfen, doch

»Ce n'est pas le cabinet français que nous désirons conserver, mais la paix.«<sup>169</sup>

An der Erhaltung des Friedens war aber auch Großbritannien dringend interessiert, wie Palmerston immer wieder betonte. Am besten könne der Friede durch französisch-britische Zusammenarbeit gesichert werden,<sup>170</sup> daher wurde es zur Maxime britischer Politik:

»The French must not remain in Belgium on any pretext whatever . . . any appearance of bad faith on the part of France would kindle a flame which would make war inevitable.«<sup>171</sup>

Bis zum Spätjahr 1831 hatte Großbritannien, trotz verminderter außenpolitischer Handlungsfähigkeit, die völkerrechtliche Anerkennung des neuen belgischen Staates durchsetzen können. Die durch die permanente Neutralisierung des Landes geschaffene »moralische Barriere« wurde durch eine Festungskonvention der Großmächte der Allianz von Chaumont ergänzt. Sie sollte künftig »französische Hilfen« für Belgien in der Form militärischer Interventionen verhindern.<sup>172</sup> Für Großbritannien hatte es sich gezeigt, daß die Zusammenarbeit mit der Julimonarchie im Sinne einer »liberalen Allianz« besser funktionierte als unter dem letzten Bourbonen. Es war aber auch deutlich geworden, daß auch die Julimonarchie die traditionellen außenpolitischen Ziele Frankreichs nicht aus den Augen verlor und wohl auch nicht aus den Augen verlieren konnte.<sup>173</sup>

Gerade die britischen Reaktionen auf die Julirevolution – aber auch die der anderen europäischen Großmächte – zeigen, daß das Prinzip der Legitimität eher als politische Waffe diente, denn den Rang eines Dogmas annahm. Priorität hatte allemal das Nationalinteresse. Nur wenn Nationalinteresse<sup>174</sup> und Legitimität sich in Übereinstimmung befanden, bestand die Bereitschaft, eine Konfliktlösung auch mit militärischen Mitteln anzustreben. Das außenpolitische Verhalten gegenüber der Julirevolution hat diesen Zusammenhang deutlich ins Bewußtsein treten lassen, auch wenn gerade Großbritanniens Regierung argumentierte, der legitime König von Frankreich habe sein Recht auf Hilfe verwirkt, da er nicht verfassungsgemäß regiere.

<sup>168</sup> PRO F. O. 27/425 Palmerston – Granville 17. 8. 1831. Gedenkstukken X/2, 242.

<sup>169</sup> Gedenkstukken X/2, 243 (Sébastieni – Talleyrand).

<sup>170</sup> PRO F. O. 27/425 Nr. 111 Palmerston – Granville 17. 8. 1831, ähnlich PRO F. O. 27/424 Nr. 78 Palmerston – Granville 17. 5. 1831.

<sup>171</sup> University of Durham, Dep. of Paleography & Diplomatic, Grey of Howick Collection, Grey – Granville, 13. 8. 1831.

<sup>172</sup> Vgl. hierzu GRUNER: Belgisch-Luxemburgische Frage (wie Anm. 134), S. 376ff., wo sich die entsprechenden Literatur- und Aktennachweise finden.

<sup>173</sup> Vgl. R. BULLEN, France and Europe (wie Anm. 11), S. 125ff. DERS., France and the Problem of Intervention in Spain, in: Historical Journal XX (1977), S. 363–393.

<sup>174</sup> Vgl. FRANKEL, Nationales Interesse (wie Anm. 7).

#### 4. Schlußbetrachtung

Um die direkten und indirekten Wirkungen der Julirevolution auf die britische Innen- und Außenpolitik herausarbeiten zu können, mußten zunächst die gesamtpolitischen Rahmenbedingungen für Großbritanniens Haltung gegenüber der Julirevolution, dem Akt der Vertreibung des legitimen Herrschers, analysiert werden. Dies verdeutlicht einmal den wesentlich höheren Stellenwert der »Trois Glorieuses« für den Gang der europäischen Geschichte und ermöglicht zugleich die historische Einordnung der Julirevolution in die britische und internationale Geschichte des 19. Jahrhunderts. Für Großbritannien läßt sich dabei festhalten:

1. Die Julirevolution von 1830 wurde zu einem Testfall für das außen- und innenpolitische Krisenverhalten des Landes, das sich seit 1800 ausgeformt hatte. Zentrales Anliegen der britischen Herrschaftseliten war es dabei, auf internationaler und nationaler Ebene die Voraussetzungen für eine friedliche Fortentwicklung des bestehenden politisch-sozialen und ökonomischen Systems zu schaffen. Im Bereich der internationalen Beziehungen hieß dies, die Friedensordnung der Verträge von 1814/15 funktionsfähig zu erhalten, d. h. das internationale multipolare System möglichst stabil und in Ruhelage zu erhalten, Veränderungen und Konfliktlösungen aber zuzulassen sofern sie nicht zu einer Destabilisierung des Gesamtsystems führten. Für die britische Innenpolitik und die globalen politischen und wirtschaftlichen Interessen des Landes wurde dieses Postulat zu einem entscheidenden Element. Es befähigte, mit den Problemen einer entstehenden industriellen Gesellschaft fertig zu werden und das politisch-soziale und ökonomische System dem jeweiligen Modernisierungsstadium ohne große Brüche anzupassen und damit in einem evolutionären Prozeß den Übergang vom »Old System« zur Moderne zu vollziehen. Europäischer Friede als Basis innenpolitischer und globaler Handlungsfähigkeit wurde somit zum Nationalen Interesse.

2. Frankreich hatte wegen der geographischen Nähe und der vielfältigen Konkurrenzsituation der beiden westeuropäischen Großmächte von jeher zentrale Bedeutung für die britische Politik. Die Macht-, Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen beider Mächte in Europa und Übersee prallten immer wieder aufeinander. Nachdem 1802 der britische Versuch einer bipolaren internationalen Ordnung mit Großbritannien und Frankreich als Gravitationszentren an Napoleon gescheitert war, lag es im Interesse britischer Politik, Frankreich in eine multipolare internationale Ordnung zu integrieren, d. h. es als Großmacht in der Friedensordnung von 1814/15 zu erhalten, seine nationalen Gefühle zu achten, es schnellstmöglich in das Gesamtsystem zu reintegrieren und durch ein Sicherheitssystem gegen Frankreich die eigenen Sicherheitsinteressen und die der anderen Mitglieder des Systems zu wahren. Charakteristisch für die britische Frankreichpolitik wurde daher die Bereitschaft zu Ausgleich und Kooperation, um so friedensichernd auf die französische Politik wirken zu können, aber auch die Entschlossenheit, notfalls die Kriegsschwelle zu überschreiten, sollten durch die französische Politik »vital interests« Großbritanniens verletzt werden.

3. Wie nach den Napoleonischen Kriegen durchlief Großbritannien zwischen 1826/27 und 1832 innenpolitisch eine schwierige Phase. Ursache hierfür waren u. a. eine Absatzkrise der britischen Industrie, die zunehmend auf den Export zur Ausla-

stung ihrer Produktionsanlagen angewiesen war, verstärkte Arbeitslosigkeit im industriellen aber auch agrarischen Bereich wegen der schlechten Auftragslage bzw. wegen schlechter Ernten, strukturelle Arbeitslosigkeit als Ergebnis stärkerer Mechanisierung in allen Bereichen der Volkswirtschaft, steigende Lebenshaltungskosten bei den Grundnahrungsmitteln sowie vielfach drastische Lohnabschläge für die Industrie- und Landarbeiter. Die Folge waren Unruhen, Arbeitskämpfe, Brandstiftungen und die Zerstörung von Maschinen und Produktionsanlagen. Der Protest war sozial und nicht politisch motiviert. Die Betroffenen waren mehr an Arbeit und Brot als an politischer Mitsprache interessiert. Agitatoren waren bestrebt, die Stimmungslage der »lower orders of the community« für ihre politischen Ziele auszuschlachten. Durch das Korngesetz und die Lockerung der Bestimmungen der Navigationsgesetze versuchte die Regierung ihrerseits den allmählichen Übergang zum »freer trade«, bemühte sich, Hungersnöten vorzubeugen und wollte durch das Gesetz über die Katholikenemanzipation weiteres Konfliktmaterial abbauen. Seit dem Frühjahr 1830 verstärkte sich erneut die parlamentarische und außerparlamentarische Debatte um eine Parlamentsreform. Zum Zeitpunkt der Julirevolution hatte sich in Großbritannien mit dem Tode Georg IV. und der Nachfolge seines Bruders Wilhelm IV. ein Thronwechsel vollzogen. Als die Nachrichten aus Paris eintrafen, liefen gerade die General Elections auf Borough- und County-Ebene. Die Wirkungen der Julirevolution auf die Wahlen sind nur sehr schwer faßbar. Auf die Borough-Elections hatte sie keinen Einfluß, waren diese doch zum Zeitpunkt der Nachrichten aus Frankreich bereits abgeschlossen. In den umkämpften County-Sitzen setzten sich Kandidaten durch, die für »Reform«, »Anti-Slavery«, »Retrenchment« und »Economy« eintraten. Hier überlagerten sich Trend zur Reformbereitschaft und Wirkung der Ereignisse in Frankreich. Greifbar sind die Einflüsse der Julirevolution aber vor allem in den Sozialbeziehungen. Berichte über die »Trois Glorieuses« erhöhten beispielsweise das Selbstbewußtsein der Arbeiter in den Konflikten mit den Arbeitgebern, beförderten aber auch die Bereitschaft zur Beendigung der Arbeitskämpfe durch Kompromisse. Die eigentliche Bedeutung der Julirevolution für die britische Innenpolitik dürfte im ideologischen und psychologischen Bereich liegen:

Die Julirevolution wurde zum »Stilmittel« des politischen und ideologischen Kampfes. Radikale Befürworter eines Umsturzes, aber auch von weitreichenden Reformen versuchten mit dem Hinweis auf die Revolution in Frankreich ihre eigenen politischen Ziele zu verwirklichen und bedienten sich der Trikolore und der Kokarde sowie Aufrufen wie »Must France always take the lead« oder »Liberty and Equality« als äußeres Kennzeichen. Mit der »bürgerlichen Revolution« der Périers, Guizots etc. hatte dies nur wenig gemein. Vorbild war der radikale Flügel in der Julirevolution. Die politische Wirksamkeit dieser Gruppen in der britischen Innenpolitik blieb gering. Mit den Gefahren der Julirevolution für Großbritannien argumentierten auch alle entschiedenen Gegner von Reformen. Sie sahen das britische Sozialgefüge allein schon durch das Hissen der Trikolore gefährdet. Hinter den aus wirtschaftlicher Not geborenen Unruhen und Ausschreitungen gegen die »Property interests« sahen sie Agenten der Revolution, die nach England eingeschleust worden waren, aber auch Papisten. Auch diese Gruppen meinten, wenn sie von der Revolution sprachen, nicht die »bürgerliche Revolution«, auch wenn sie dies nicht deutlich machten.

Die langfristigen Einflüsse der Julirevolution sind jedoch auf psychologischem

Gebiet zu suchen. Sie förderte und intensivierte die vorhandene Bereitschaft zur Reform, zum Kompromiß und zur friedlichen Fortentwicklung des politisch-sozialen Systems. Innenpolitisch stabilisierend wirkte darüber hinaus die Annahme, daß die französische »Charte« durch die vorgenommenen Änderungen sich noch weiter dem britischen Verfassungsideal angenähert hatte. Dies sollte auch für die außenpolitische Zusammenarbeit in einer »liberalen Allianz« von Bedeutung werden.

4. Außenpolitisch platzte die Nachricht von der Julirevolution in eine angespannte internationale Lage und trug zu ihrer krisenhaften Verschärfung bei. Die britische Option für die Anerkennung des antilegitimistischen, revolutionären Julikönigtums resultierte in erster Linie aus dem Bedürfnis, den internationalen Frieden zu wahren und eine Radikalisierung der Revolution in Frankreich durch eine »Zähmungsstrategie« zu verhindern, denn eine Republik in Frankreich hätte auch Großbritannien zum Eingreifen gezwungen. Neben gesamtpolitischen Überlegungen trat die Tatsache, daß die gemäßigten Exponenten der Revolution, aber auch Louis Philippe den Entscheidungsträgern für die britische Außenpolitik persönlich bekannt waren und zu ihnen teilweise freundschaftliche Kontakte bestanden (Aberdeen–Guizot). Eine aktive Unterstützung der Bourbonen (und später auch der Oranier) durch militärische Intervention wäre innenpolitisch nicht durchzusetzen gewesen, hatte doch Karl X. nicht verfassungsmäßig regiert. Hinzu kam, daß die Anerkennung des Julikönigtums Aussichten bot, den Kollisionskurs der Regierung Polignac, durch eine Politik der Kooperation, des Vertrauens und der internationalen Zusammenarbeit zu ersetzen. Die schnelle Anerkennung der neuen Machthaber in Frankreich sollte sich positiv auf die Belgisch-Luxemburgische Frage auswirken.

Außenminister nach dem »Machtwechsel« im November 1830 wurde Lord Palmerston. Er gehörte zu den Bewunderern der Julirevolution und wurde zum Verfechter einer »liberal alliance« mit Frankreich – an sie knüpften die Parteigänger Frankreichs in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen wieder an<sup>175</sup> – und einer ideologischen Blockbildung in Europa.<sup>176</sup> Palmerston übersah, daß sich trotz vermeintlicher gleicher »ideologischer Wellenlänge« die Ziele französischer und britischer Außenpolitik nicht geändert hatten. Die Versuche zur Neuordnung des niederländischen Raumes (i. e. das heutige Benelux), die Orient- und Spanienpolitik der Julimonarchie verdeutlichten diese Tatsache. Gerade aber die ideologische Blockbildung erschwerte nach 1831/32 den raschen Abschluß der belgisch-luxemburgischen Frage. Wie stark die Außenpolitik der Julimonarchie sich in traditionellen Bahnen bewegte und wie sehr auch sie, gleich ihren Vorgängern und Nachfolgern, die britische Entschlossenheit, notfalls zur Wahrung der eigenen »vital interests« die Kriegsschwelle zu überschreiten, unterschätzte, zeigen die französischen Versuche, die Phasen britischer innenpolitischer Schwäche während der »Reform Crisis«, für die Verwirklichung der Interessen Frankreichs in Belgien ebenso auszuwerten wie für die Aushöhlung der internationalen Ordnung von 1814/15.

<sup>175</sup> Vgl. eine Äußerung von Ralph Wigram vom Foreign Office aus dem Jahre 1935 (PRO F. O. 800/292 fol. 7f. u. fol. 41).

<sup>176</sup> Vgl. zu diesem Komplex H. GOLLWITZER, Ideologische Blockbildung als Bestandteil internationaler Politik im 19. Jahrhundert, in: *Historische Zeitschrift* 201 (1965), S. 306–333; DERS., Der erste Karlistenkrieg und das Problem der internationalen Parteigängerschaft, in: *Historische Zeitschrift* 176 (1953), S. 479–520.

Wenn sich die innenpolitisch bedingte Einschränkung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit Großbritanniens insbesondere 1830/31 nicht nachteilig für die britische Stellung in der internationalen Ordnung auswirkte, so lag dies neben der schnellen Anerkennung des revolutionären, antilegitimistischen Julikönigtums, vor allem auch an der zeitweiligen Ablenkung der anderen europäischen Großmächte. Rußland, zur Durchsetzung des Prinzips der Legitimität in Frankreich und Belgien entschlossen, wurde durch den polnischen Aufstand im November 1830 u. a. daran gehindert, seine Heersäulen durch Mitteleuropa marschieren zu lassen. Österreich war durch den Aufstand in den italienischen Staaten im Februar 1831 in seinem außenpolitischen Entscheidungsspielraum eingeengt, zog aber aus der Julirevolution Konsequenzen für seine deutsche Politik.<sup>177</sup> Hinzu kam, was vielfach übersehen wird, die Eigendynamik und Eigengesetzlichkeit des internationalen Systems und die nach wie vor, trotz ideologischer Differenzen und nationaler Eigeninteressen und Ziele, vorhandene Bereitschaft der europäischen Großmächte zu einem möglichst friedlichen Interessenausgleich in internationalen Konflikten und Krisen.

#### RÉSUMÉ FRANÇAIS

Jusqu'à présent la question »Pourquoi n'y-a-t-il pas eu de révolution en 1830 en Grande-Bretagne?« a toujours été posée dans une perspective très étroite et, dans la plupart des cas, la réponse était sue d'avance. Personne n'a encore essayé d'analyser les nombreuses conséquences directes ou indirectes de la Révolution de Juillet sur l'ensemble de la politique britannique tout en tenant compte de la situation régnant à l'échelon national et international. Pour la Grande-Bretagne, comme pour les autres pays, la Révolution de Juillet n'était pas simplement un problème de politique intérieure française ou un sujet de discussion à l'intérieur de la Grande-Bretagne ou bien un problème de politique étrangère. La Révolution de Juillet est un phénomène qui montre remarquablement bien l'interdépendance indissoluble entre la politique intérieure et la politique extérieure et qui permet d'étudier les relations de cause à effet entre la politique intérieure nationale et le système international, entre le système international et la politique intérieure de chaque pays.

En général, la Révolution de Juillet 1830 mérite que les historiens et le public intéressé prennent connaissance du fait que la Révolution de Juillet 1830 a eu, en Europe, un impact beaucoup plus fort et plus important que ce que l'on avait cru pendant longtemps. La prise en considération par les spécialistes des relations internationales de résultats de l'histoire sociale, et réciproquement, ainsi que la tendance de plus en plus grande des historiens à utiliser les principes méthodiques et les connaissances fournis par les sciences sociales ont largement contribué à cette prise de conscience, ce qui permet de remettre à sa juste place la Révolution de Juillet et ses conséquences dans l'histoire européenne et internationale. En ce qui concerne la Grande-Bretagne, on peut faire les observations suivantes:

1. La Révolution de Juillet constitua un test pour la capacité britannique de surmonter des crises d'après le modèle qui s'était formé depuis 1800. Il fallait créer à l'échelon national et international des conditions nécessaires à l'évolution du système politique, social et économique existant du fait de l'apparition d'une société de masse industrielle. Sur le plan international, cela voulait dire que le système multipolaire international mis au point lors du Congrès de Vienne en 1815 devait être suffisamment souple, malgré les contradictions entre légitimité et intérêt national, pour pouvoir fonctionner de manière satisfaisante; il devait toutefois être possible de résoudre certains conflits et d'apporter certaines modifications dans la mesure où cela ne déstabilisait pas l'ensemble de système. A l'échelon national, cela voulait dire que la paix mondiale revêtait une importance décisive et devait permettre de résoudre le problème de politique

<sup>177</sup> Vgl. hierzu R. D. BILLINGER, *The Impact of the July Days*; DERS., *The German Confederation: Metternich's School of Nationalism for the German Princes, 1815-1834* (= *The Consortium on Revolutionary Europe, 1750-1850. Proceedings Vol. I. Athens/Georgia, 1980, S. 174-185.*). DERS., *Metternich's Policy toward the South-German States, 1830-1834. Ph. D. Univ. North Carolina, 1973* (University Microfilm Ann Arbor 73-26, 155).

intérieure posé par l'apparition d'une société et d'une civilisation technico-industrielle, c'est à dire la modernisation de l'ancien système politique, social et économique sans provoquer une rupture de caractère «révolutionnaire». La paix en Europe et sa consolidation étaient donc dans l'intérêt national de la Grande-Bretagne, cette paix étant indispensable si le gouvernement britannique voulait être capable d'agir en politique intérieure et extérieure.

2. Depuis toujours, la France avait une importance capitale pour la politique britannique (proximité géographique, concurrence dans de multiples domaines). Napoléon avait fait échouer la tentative de la Grande-Bretagne d'établir en 1802/1803 un système bipolaire international avec Londres et Paris comme centres de gravité. La politique des buts de la paix menée par la Grande-Bretagne en 1814/15 continuait à s'en ressentir. Le système établi en 1815 devait maintenir la France au rang d'une grande puissance tout en essayant de créer à l'échelon européen un système permettant de se protéger contre d'éventuelles ambitions françaises. La politique adoptée à cette époque par la Grande-Bretagne vis à vis de la France était la même qu'en 1830: La Grande-Bretagne était prête à coopérer et à accepter des compromis de manière à pouvoir influencer d'une manière pacifique sur la politique française tout en se gardant la possibilité de recourir à la guerre si la France mettait en danger les intérêts britanniques.

3. La Grande-Bretagne comptait parmi les Etats européens qui avaient été sévèrement touchés par les mauvaises récoltes depuis 1827 et par la récession économique. La hausse des prix, la baisse des salaires, le chômage structurel résultant d'une mécanisation croissante créaient un mauvais climat social qui pouvait être activé et qui explosa en France lors de la Révolution de Juillet. Les revendications sociales n'étaient pas d'ordre politique: la population des îles britanniques était plus soucieuse d'avoir davantage de pain que de pouvoir participer à la politique, même si depuis le printemps 1830 certains réclamaient de plus en plus fort la réforme du Parlement. C'est juste au moment de la Révolution de Juillet que se déroulèrent les élections de la Chambre de Communes au niveau des comtés et des communes. Il est difficile de dire quelle fut l'influence directe de la Révolution de Juillet. Furent élus des candidats qui ne soutenaient pas ouvertement le Gouvernement Wellington, mais qui se prononçaient pour la «Reform», l'«Anti-Slavery», l'«Economy» et le «Retrenchment». La volonté de réforme et l'influence de la Révolution de Juillet sont donc manifestement venues se superposer. L'influence de la Révolution de Juillet sur les relations sociales est plus évidente (assurance de plus en plus grande des ouvriers dans les conflits sociaux, mais également tendance à accepter des compromis pour résoudre ces conflits). La véritable signification de la Révolution de Juillet pour la politique britannique se situe en fait au niveau psychologique et idéologique. Elle fut utilisée par les forces radicales et les adversaires strictes de la réforme comme «moyen de style» dans le combat politico-idéologique. Les répercussions psychologiques sur les relations sociales eurent encore plus d'importance: de plus en plus de gens étaient prêts à la réforme, et ce faisant aux compromis et à l'évolution pacifique du système politique et social.

4. D'abord la Révolution de Juillet aggrava la situation internationale déjà tendue. La priorité accordée à l'intérêt national sur le principe de la légitimité, la décision de la Grande-Bretagne de s'opposer au casus foederis et donc à l'intervention européenne, mais de reconnaître le nouveau régime français s'expliquaient essentiellement par le désir de maintenir la paix et d'éviter une radicalisation de la Révolution, c'est à dire la proclamation de la République, en adoptant une «tactique de refrènement». La République aurait inévitablement provoqué l'intervention européenne. La Grande-Bretagne avait rendu acceptable le nouveau régime du roi bourgeois, ce qui avait eu le mérite de dénouer la crise et de créer les conditions favorables à la résolution, au niveau franco-britannique, du problème belgo-luxembourgeois apparu dans le sillage de la Révolution de Juillet. La supposition selon laquelle la nouvelle «Charte» se rapprochait nettement de l'idéal constitutionnel britannique, les contacts personnels entre les représentants de la Monarchie de Juillet et les classes dirigeantes britanniques ainsi que le désir de voir se stabiliser la politique intérieure du nouveau régime favorisèrent la coopération. Après le changement de gouvernement en Grande-Bretagne, les liens libéraux avec la France se renforcèrent considérablement. Les deux pays conclurent alors une «alliance libérale», sorte de bloc idéologique européen. Il s'avéra toutefois bientôt que ce lien idéologique était moins fort que l'intérêt national et que la France était plutôt considérée par la Grande-Bretagne comme un moyen de développer sa propre puissance politique et économique.